

kriens

Protokoll

Kriens, 24. März 2022

Sitzungsdatum

Donnerstag, 24. März 2022

Zeit Ort

13:30 Uhr bis 19:20 Uhr,
Pilatussaal, Stadtplatz 1, Kriens

Verfasst durch

Kimena Gisler
Sachbearbeiterin

T 041 329 63 03
kimena.gisler@kriens.ch



Das Protokoll ist erst provisorisch und noch nicht vom Einwohnerrat genehmigt worden!

Einwohnerratssitzung 2021/2022 Protokoll Nr. 7

Anwesend	Präsidentin	Anita Burkhardt-Künzler
	Einwohnerrat	26 Mitglieder
	Stadtrat	5 Mitglieder
	Stadtschreiberin	Karin Schuhmacher Bürgi
	Protokoll	Kimena Gisler
Entschuldigt		Räto Camenisch Raoul Niederberger Simon Solari

Traktanden

- | | | |
|-----|---|-------------------------|
| 1. | <u>Vereidigung</u> Reto Felber (SP) | Seite 205 |
| 2. | <u>Ersatzwahl in die Kommissionen für den Rest der Amtsperiode 2020 – 2024</u>
- Geschäftsleitung Einwohnerrat; Cedric Seger (SP)
- Bürgerrechtskommission; Cedric Seger (SP)
- Kommission für Bildung, Soziales und Gesundheit; Bettina Gomer-Beacco (SP)
- Kommission für Bau, Verkehr und Umwelt; Reto Felber (SP) | Seite 205 |
| 3. | <u>Mitteilungen</u> | Seite 206 |
| 4. | <u>Fragestunde</u>
(max. 30 Min.) | Seite 207 |
| 5. | <u>Protokoll Nr. 4 vom 9. Dezember 2021</u> | Seite 212 |
| 6. | <u>Wahl der Gemeindedelegierten für den Rest der Amtsperiode 2020-2024</u>
- Gemeindeverband ICT, <i>David Schilling (Abteilungsleiter Finanzdienste)</i> | Seite 212 |
| 7. | <u>Bericht und Antrag:</u> Schulraumplanung | Nr. 094/22 Seite 212 |
| 8. | <u>Bericht und Antrag:</u> Sonderkredit zur Finanzierung des gemeinsamen Vorgehens mit dem ASTRA, dem Kanton LuzernPlus zur ganzen oder teilweisen Überdeckung Bypass | Nr. 095/22 Seite 222 |
| 8a. | <u>Dringliche Interpellation Lengwiler:</u> Flüchtlinge aus der Ukraine – Handlungsmöglichkeiten der Stadt Kriens | Nr. 104/22 Seite 232 |
| 9. | <u>Motion Gomer-Beacco:</u> Griffige Massnahmen zum Umgang mit Lärm im öffentlichen Raum
<i>Begründung</i> | Nr. 088/22 Seite 235 |
| 10. | <u>Motion Portmann:</u> Mit ausreichend Deutschkenntnissen in den Kindergarten
<i>Begründung</i> | Nr. 089/22 Seite 238 |
| 11. | <u>Postulat Seger:</u> Mehrwegstadt Kriens
<i>Begründung</i> | Nr. 090/22 Seite 242 |
| 12. | <u>Postulat Albrecht:</u> Modell der Anstellung von pflegenden Angehörigen durch die Spitex Kriens
<i>Begründung</i> | Nr. 096/22 Seite 244 |

13.	Petition: Lasst uns Krienser-Eltern arbeiten! <i>Begründung</i>	Nr. 103/22	Seite 245
14.	Verabschiedung: Manuel Hunziker		Seite 249

Neueingangsliste

Nr. 104/22 Dringliche Interpellation Lengwiler: Flüchtlinge aus der Ukraine – Handlungsmöglichkeiten der Stadt Kriens
Eingang: 6. März 2022

Anita Burkhardt-Künzler begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Einwohnerratssitzung. Für die Luzerner Zeitung schreibt Stefan Dähler.

Die Sprechende kommt nun zu den Geburtstagen. Simon Solari hatte am 21. Februar 2022 Geburtstag, Michael Portmann am 23. Februar 2022 Maurus Frey feiert heute seinen 40. Geburtstag. Es wird Happy Birthday von Steve Wonder abgespielt.

Entschuldigt hat sich Rätö Camenisch, Raoul Niederberger und Simon Solari. Es wird eine Genealogie für Rätö Camenisch herumgereicht.

Die Pausen sind von 15:45 bis 16:00 Uhr. Sitzungsschluss ist um 19:00 Uhr.

1. Vereidigung Reto Felber

Anita Burkhardt-Künzler bittet Reto Felber zu sich nach vorne. Auch bittet sie die Anwesenden sich zu erheben. Reto Felber legt das Gelübde ab. Er wird mit Applaus im Einwohnerrat willkommen geheissen.

2. Ersatzwahl in die Kommissionen und die Geschäftsleitung für den Rest der Amtsperiode 2020 - 2024

Ersatzwahl für den Rest der Amtsperiode 2020 – 2024, Geschäftsleitung

ausgeteilte Wahlzettel:	27
eingegangene Wahlzettel:	27
leere Wahlzettel:	0
ungültige Wahlzettel:	0
gültige Wahlzettel:	27
absolutes Mehr:	14

gewählt in die Geschäftsleitung ist:
Cedric Seger, SP 27

Ersatzwahl für den Rest der Amtsperiode 2020 – 2024, Bürgerrechtskommission

ausgeteilte Wahlzettel:	27
eingegangene Wahlzettel:	27
leere Wahlzettel:	0
ungültige Wahlzettel:	0
gültige Wahlzettel:	27
absolutes Mehr:	14

gewählt in die Kommission ist:

Cedric Seger, SP	27
------------------	----

Ersatzwahl für den Rest der Amtsperiode 2020 – 2024, Kommission für Bildung, Soziales und Gesundheit

ausgeteilte Wahlzettel:	27
eingegangene Wahlzettel:	27
leere Wahlzettel:	0
ungültige Wahlzettel:	0
gültige Wahlzettel:	27
absolutes Mehr:	14

gewählt in die Kommission ist:

Bettina Gomer-Beacco, SP	24
--------------------------	----

Ersatzwahl für den Rest der Amtsperiode 2020 – 2024, Kommission für Bau, Verkehr und Umwelt

ausgeteilte Wahlzettel:	27
eingegangene Wahlzettel:	26
leere Wahlzettel:	0
ungültige Wahlzettel:	0
gültige Wahlzettel:	26
absolutes Mehr:	14

gewählt in die Kommission ist:

Reto Felber, SP	26
-----------------	----

Anita Burkhardt-Künzler gratuliert den gewählten Personen zur Wahl.

3. Mitteilungen

Zur Traktandenliste ist nach Anita Burkhardt-Künzler kein Änderungsantrag eingegangen. Die Neueingänge liegen wie gewohnt schriftlich auf.

Mitteilung der Einwohnerratspräsidentin

Zuallererst möchte Anita Burkhardt-Künzler diejenigen Einwohnerratsmitglieder herzlich begrüßen, welche seit Anfang Jahr neu im Einwohnerrat mit ihrem Engagement tätig sind. Sie wünscht ihnen viel Freude und

die nötige Gelassenheit um dieses spannende Amt für Kriens auszuüben. Dies ist ihre erste Sitzung in dieser Zusammensetzung. Anita Burkhardt-Künzler bedankt sich herzlich für die schöne Karte mit den «guten Besserungswünschen», welche sie erhalten hat. Ausserdem dankt sie Räto Camenisch für die kompetente Sitzungsleitung der zwei letzten Einwohnerratssitzungen. Sie teilt mit, dass ihre OP gut verlaufen sei und die Therapie gut anzusprechen scheint. Somit sollte sie den Rest ihrer Präsidiumszeit wieder für dieses Amt voll einsatzfähig sein. Sie dankt allen für das Verständnis.

Am 6. März 2022 hat Beda Lengwiler die dringliche Interpellation: Flüchtlinge aus der Ukraine – Handlungsmöglichkeiten der Stadt Kriens (Nr. 104/22) eingereicht.

Da nicht opponiert wird, gilt die Interpellation als dringlich. Die Interpellation wird als Traktandum 8a behandelt.

Mitteilungen der Stadtkanzlei

Karin Schuhmacher Bürgi merkt an, dass der Einwohnerrat heute unter Traktandum 5 das Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 9. Dezember 2022 verabschiedet. Das Protokoll wurde dem Einwohnerrat nach Durchsicht durch die Geschäftsleitung im Entwurf zur Verfügung gestellt und wird nach der heutigen Beschlussfassung veröffentlicht. Sie sagt, dass die Qualität des Einwohnerratsprotokolls noch nicht ihren Vorstellungen entspricht. Ausserdem sollen die Protokolle nach erfolgter Sitzung schneller erarbeitet, bereinigt und dem Einwohnerrat zur Beschlussfassung zugestellt werden. Gemäss Art. 14 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Einwohnerrats erfolgt die Bereinigung und Genehmigung der Protokolle an der nächstmöglichen Sitzung. Die Stadtkanzlei ist bestrebt, die Protokolle nach Möglichkeit jeweils für die Folgesitzung, spätestens aber für die übernächste Sitzung zu traktandieren. Die pendenten Protokolle vom 20. Januar und vom 17. Februar 2022 sollen an der nächsten Sitzung vom 19. Mai 2022 verabschiedet werden. Die Stadtkanzlei verzeichnete 2021 mehrere personelle Vakanzen, unter anderem über ein halbes Jahr lang auch im Einwohnerratssekretariat. Die Einarbeitung erfolgt laufend und ist intensiv, die Pendenzen werden schnellstmöglich bereinigt. Sie dankt einerseits für das Verständnis, andererseits aber auch für Hinweise zu Verbesserungen.

4. Fragestunde

Erich Tschümperlin merkt an, dass die Stadt Kriens im Newsletter vom 4. Februar 2022 geschrieben hat, dass die Verschiebung des Beachvolleyballfelds kurz vor der Realisierung steht. Was kostet diese Verschiebung inkl. Zugang von der Wiese zurück in die Badi?

Roger Erni sagt, dass man zurzeit noch auf die Baubewilligung wartet. Zudem musste für das Rawi noch ein Lärmgutachten erstellt werden, da die Beachanlage um 60 Meter verschoben wird. Die Kosten für das Entfernen des Zauns und die Vereinzelungsanlage betreffen rund Fr. 160'000.00.

Patrick Koch stellt fest, dass die Stadt Kriens rund 200 Millionen Franken Schulden hat. Ist es rechtlich möglich, dass die Stadt Kriens in einer solchen Situation Darlehen spricht?

Roger Erni erläutert, dass dies rechtlich möglich sei. Der Beachclub investiert Fr. 300'000.00 und hat bei der Stadt Kriens nachgefragt, ob diese ein Drittel mitfinanzieren könne. Zudem finanziert der Kanton auch einen Teil mit. Mit der Investition von Fr. 160'000.00 löst die Stadt Kriens ein Investitionsvolumen von rund

Fr. 300'000.00 bis Fr. 400'000.00 aus, welche auch im Masterplan 2010 im Kleinfeld vorgesehen war. Die nächste Etappe wäre der Multifunktionsplatz beim Schulhaus, welcher im Budget 2024 und 2025 eingeplant sei.

Die Frage von Matthias Erni bezieht sich auf das Postulat Rösch zur Förderung von Elektrolademöglichkeiten (Nr. 274/2020). Der Stadtrat hat in der Beantwortung darauf verwiesen, dass er die Erfahrungen vom Lindencamp sammeln und damit das weitere Vorgehen abschätzen will. Matthias Erni stellt fest, dass nun knapp zwei Jahre vergangen sind. Er möchte vom Stadtrat wissen, wie er aufgrund der Auslastung gedenkt weiter vorzugehen, um die Elektromobilität in Kriens zu fördern und den Umstieg auf emissionsarme Verkehrsmittel voranzutreiben.

Maurus Frey kann nicht sagen wie die Erfahrungen, bezüglich der Elektroladestationen, sind, er wird dies jedoch noch nachliefern. Er kann jedoch sagen, dass im Rahmen der Behandlung vom Klima- und Energiebericht des Kantons, der Kantonsrat nun einen Vorstoss überwiesen hat, welcher die Erstellung von Elektroladestationen im ganzen Kanton beinhaltet. Es würde den Stadtrat sehr überraschen, wenn aus der BCR Revision keine entsprechende Gesetzgebung erwachsen würde.

Anmerkung der Protokollführung:

Die Nutzungsdaten der durch die ewl betriebenen Ladestationen auf den öffentlichen Parkplätzen im Lindencamp ergibt das folgende Bild: Stand 20. April 2022 haben in den letzten drei Monaten 75 Ladevorgänge stattgefunden. Nach Aussage Betreiber rechtfertigt diese Frequenz keinen unmittelbaren Ausbau der Kapazitäten. Es sei ein Trend erkennbar, wonach die Anzahl Ladevorgänge kontinuierlich zunehmen. Durch die Ladevorgänge seit Inbetriebnahme 2020 wurden verglichen zur substituierten Nutzung von Benz konservativ gerechnet 4t an direktem CO₂- Ausstoss eingespart (Annahmen: 20 kwh/100km Fahrleistung, Benzinverbrauch 7,5 l/100km, CO₂-Equivalent Benzin 2,37 CO₂-eq/kg). Gemäss aktuellem Energiespiegel der Stadt Kriens beträgt der CO₂-Ausstoss für Wärmebedarf je Einwohner 1.7 t/a. Die Beschlüsse des Kantonsrats bezüglich der Kt. Klima- und Energiestrategie lassen ein Obligatorium zur Erstellung von Lade-Infrastruktur für E-Mobilität durch private Bauinvestoren erwarten. Die aktuell in Ausarbeitung stehende Energie- und Klimastrategie der Stadt Kriens sieht keine durch die Stadt finanzierte und betriebene Ladeinfrastruktur für E-Mobilität vor. Entsprechende Angebote auf öffentlichen Parkplätzen der Stadt Kriens durch Dritte werden wo angezeigt aktiv gesucht und begünstigt. In der laufenden Ortsplanungsrevision werden raumplanerische Fragestellungen zur Förderung der E-Mobilität weiterbearbeitet.

Viktor Bienz möchte wissen, wie der Stand des Verkaufs der Bosmatt sei.

Maurus Frey merkt an, dass die Arbeitsanlage für die Veräusserung der Bosmatt auch auf einem Gestaltungsplan basiert. Eine Sondernutzung, in welcher man entsprechende planerische Grundlagen schafft, um dieses Land auch bebauen zu können. Das wurde so gemacht, damit auch die Stadt Kriens ihren Einfluss entsprechend geltend machen kann. Dieser Entscheid wurde bereits vor vielen Jahren so getroffen. Im Verfahren für den Erlass dieser Sonderbauvorschriften, muss die sogenannte Erschliessung geklärt werden. Damit diese Erschliessung geklärt werden kann, ist man im Gespräch mit den umliegenden Grundeigentümern. Vor mehreren Jahren gab es einen Vorschlag, in welchem man über mehrere Grundstücke, welche weit voneinander entfernt sind, eine Lösung anstreben möchte, mit welcher man die Erschliessung rechtlich sichern könnte. Der Stadtrat ist nicht auf diesen Lösungsvorschlag eingetreten. Der Stadtrat ist nun mit dem Grundeigentümer, der katholischen Kirchgemeinde Kriens, im Gespräch um die Erschliessungsrechte sichern zu können. Sobald diese Erschliessungsrechte gesichert sind, kann der Sondernutzungsplan bewilligt werden und anschliessend der nächste Schritt bei der Veräusserung vorgenommen werden.

Reto Felber fragt, welcher Stand das Regelwerk LuzernSüd im Bezug zur nächsten Krienser Rahmennutzungsplanung zum Beispiel der Ortsplanung und Bauzonenreglementsrevision habe.

Maurus Frey stellt fest, dass es eine der wichtigsten Grundlagen für die Ortsplanungsrevision sei. Es besteht einen behördenverbindlicher Teilrichtplan, welcher nun in die Gesetzgebung auf Kommunalebene eingearbeitet werden muss. Der Teilrichtplan wurde vom regionalen Entwicklungsträger verabschiedet und vom Regierungsrat bewilligt. Die Stadt Kriens steht nun in der Pflicht die Anschlussgesetzgebung bzw. die Vollzugsgesetzgebung zu machen. Er versichert, dass das Regelwerk LuzernSüd eine Vorlage und wichtige Grundlage für die Angleichung der Ortsplanrevision sei.

Erich Tschümperlin hat eine Anschlussfrage zur Badi. Wie kommen die Badigäste von der Wiese wieder zurück in die Badi? Welches Konzept wurde gewählt?

Roger Erni sagt, dass entweder eine Uhr, ein Badge oder Bändeli für die Vereinzelungsanlage verwendet wird. Diejenigen, welche keine Uhr, kein Badge oder kein Bändeli haben, müssen durch den Haupteingang. Bei der Vereinzelungsanlage wird keine Person zur Kontrolle stehen. Es werden verschiedene Vorschläge geprüft und ab dem 8. Mai 2022 geschaut wie es funktioniert.

Hans Fluder wurde, betreffend den Kastanienbäumen auf dem Sonnenberg, bombardiert. Er möchte wissen, ob die Fr. 15'000.00 reichen oder ob dies noch teurer kommt.

Maurus Frey merkt an, dass es auch für ihn sehr schwierig ist, Leuten zu erklären, weshalb Bäume für andere Bäume abgeholzt werden müssen. Er bestätigt, dass es sich bei den Fr. 15'000.00 nur um die Nettokosten handelt. Diese Kosten wurden im ordentlichen Budget 2022 eingestellt. Bis jetzt seien die Kosten des Projekts absolut im Rahmen oder sogar noch tiefer.

Jörg Ziemssen hat eine Pendenz von Enrico Ercolani. Die Handballer warten immer noch auf die Baubewilligung der Pilatusarena. Er fragt nach einem Zwischenstand.

Maurus Frey merkt an, dass auch er immer von besorgten Bürger angefragt wird, wie der Stand sei. Er durfte innerhalb der letzten eineinhalb Jahren merken, dass die Baugesuchunterlagen einen sehr hohen Stapel an Plänen sind. Insgesamt 30 Ingenieure sind daran, das Projekt soweit zu bearbeiten, dass in die Ausführung gegangen werden kann. Es ist nicht nur die Stadt Kriens, welche involviert ist, sondern auch noch verschiedene Dienststellen des Kantons. Ein Thema zum Beispiel sei der hürdenfreie Zugang in die Halle, da diese öffentlich ist. In der Ursprungsplanung konnten nicht alle Bereiche der Halle hindernissfrei erreicht werden. Diese Korrekturen hatten Auswirkungen auf das gesamte Gebäude. Es ist eine hochkomplexe Ingenieursaufgabe und daher liegt es nicht einzig und alleine am Stempel des Stadtrates. Er ist der Meinung, dass der Stempel der Stadt Kriens weniger Hirnschmalz benötigt, als alle anderen Aufgaben und Herausforderungen, welche die involvierten Ingenieure bewältigen müssen. Es wird erwartet, dass sich das Bau- und Umweltsdepartement im Sommer mit dieser Baubewilligung beschäftigen darf. Die Einsprachen, welche in den Zeitungen besprochen werden, sind nicht der Grund, weshalb der Stadtrat kein Ersturteil sprechen kann.

Michèle Albrecht fragt, wie der Stand der Dinge beim Heinrich-Walther-Haus neben dem Bellpark bzw. zukünftige Nutzung der städtischen Liegenschaften sei.

Roger Erni stellt fest, dass der Stadtrat vor wenigen Tagen das Heinrich-Walther-Haus mit dem Kinderhaus Bellpark arrondieren konnte. Das Kinderhaus Bellpark war schon länger auf der Suche nach neuen Möglichkeiten. Der Mietvertrag wird in den nächsten Tagen/Wochen unterzeichnet. Dies zu Konditionen, welche in die Immobilienstrategie genommen werden kann. Seit Jahren wurden im Bellpark zwei 5 1/2 –Zimmerwohnungen zu nicht ganz marktgerechten Mietzinsen vermietet. Das Brokenhüsli hat einen Teil der Einnahmen im Kinderhaus Bellpark subventioniert. Die Immobiliendienste freuen sich, dass ab Sommer 2022 wieder Leben im Heinrich-Walther-Haus eintrifft.

Reto Felber hat eine Anschlussfrage. Wie sieht die Mitwirkung der Bevölkerung und des Einwohnerrates aus für die nächste Krienser Rahmennutzungsplanung?

Maurus Frey stellt fest, dass die Ortsplanung, so wie sie zurzeit ansteht, einzigartig in der Geschichte der Stadt Kriens sei. Sie sei zum einen inhaltlich einzigartig, da aufgrund des Einzonungsmoratorium andere Fragen auch zum Prozess gestellt werden. Auch sind es andere Ansprüche. Die Partizipation, Mitsprache, Miteinflussnahme und Rücksprache sind wichtige Bestandteile. Man muss jedoch vorsichtig sein, denn Partizipation heisst nicht, dass ein Wunschkonzert besteht, denn es sind doch Anschlussgesetzgebungen an national und kantonale veränderte Gesetze zu erarbeiten. Es geht zum Beispiel um das nationale Raumplanungsgesetz oder um die Harmonisierung der Baubegriffe. Der grosse Gewinn für die Stadt Kriens liegt dort, wenn man die Ortsplanungsrevision für Fragestellungen vom Zusammenleben, Sozialräumen, Energie und Verkehr nutzt. Dem Stadtrat muss jedoch bewusst sein, dass Partizipation chic, nett und gut ist, es jedoch auch eine Herausforderung ist diese zu machen, damit keine grosse Frustration entsteht. Daher muss das Mitwirken richtig aufgegleist werden. Für diesen Prozess hat der Stadtrat externe Begleitung. Der Einwohnerrat hat die Rolle des Gesetzgebers. Es soll das Ziel aller sein, mehrheitsfähige Beschlüsse im Einwohnerrat fällen zu können. Früher hat man die Einwohnerräte direkt in die Kommission genommen und diese haben direkt mitgearbeitet. Dies kann nicht mehr gemacht werden, da die stadträtlichen Kommissionen und die einwohnerrätlichen Kommissionen klar zu trennen sind. Die Einwohnerräte werden jedoch über die KBVU oder andere Gremien, gewisse Reflektionsmöglichkeiten haben.

Erich Tschümperlin stellt fest, dass der Einwohnerrat am 4. November 2021 in der Fragestunde eine Antwort, betreffend den angeketteten Goal im Kleinfeld erhalten hat. Seine letzte Erfahrung ist, dass diese Goals immer noch angekettet sind. Wann kann mit einer Lösung gerechnet werden und wer bezahlt die Netze, sollten diese kaputtgehen?

Roger Erni merkt an, dass er hier nachgehen wird.

Anmerkung der Protokollführung:

Die Stadt Kriens vereinbarte mit dem SCK, dass die 5m-Tore des Vereines weiterhin angekettet bleiben dürfen. Aus Sicherheitsgründen werden kleine Tore angeschafft, welche im Nicht-Trainingsbetrieb von der Öffentlichkeit benutzt werden können. Die Video-Überwachungsthematik wird nicht weiterverfolgt.

Gemäss Martin Zellweger hat die Stadt Kriens am 3. März 2022 Informationen zum Thema Schutzplatz/Schutzraum veröffentlicht. Die Aufgabe der Kontrollen dieser Schutzräume wurden seines Wissens vom Kanton den Gemeinden übertragen. Kennt der Stadtrat den Zustand der öffentlichen und privaten zum Teil alten Schutzräume und kann er eine Aussage machen, welcher Prozentsatz dieser Räume sich in einem funktionstüchtigen Zustand befindet, sollte beispielsweise Putin durchdrehen.

Maurus Frey hofft als Allererstes, dass Herr Putin nicht durchdreht. Die Verantwortung der Schutzraumkontrollen wechselt mit der Revision des Bevölkerungsschutzgesetzes von den Gemeinden zum Kanton. Es ist korrekt, dass zurzeit die Gemeinden zuständig sind für die Kontrolle der Schutzräume. Er stellt fest, dass man seit 28 Tagen in einer ganz anderen Zeit lebt als 1991. Nach 1991, nach dem Ende des Kalten Krieges, wurde in eine Welt bzw. in eine Haltung hineingelebt, in welcher die Schutzräume und Schutzkonzepte nicht mehr die Bedeutung hatten, wie sie vor 28 Tagen wiederbekommen haben. Er merkt an, dass man an seiner Argumentation merkt, dass der Stadtrat es nicht weiss, wie viele Schutzräume einsatzfähig sind. Die Verantwortung liegt jedoch auch bei den Schutzraumbetreibenden. Der Stadtrat hat viele Anfragen bezüglich dieses Themas erhalten. Der Stadtrat wird es nicht schaffen, vor der entsprechenden Gesetzesänderung, das Defizit der Schutzraumkontrolle zu überprüfen. Sie wissen jedoch, Dank der Berichterstattung der Luzerner Zeitung, dass die Abdeckung der Schutzräume gut und ausreichend ist. Der Stadtrat muss sich jedoch wieder um die Einsatzfähigkeit dieser Räume sorgen. Er ist auch daran, zwei städtische Anlagen unabhängig voneinander wieder zu betreiben, damit der Stadtrat seinen Anforderungen wieder gerecht wird. Maurus Frey merkt an, dass dies eine grosse Entrümpelung sei. Er stellt fest, dass in den letzten drei Jahren krasse Lücken im Bereich Sicherheit, für eine Stadt mit 30'000 Einwohnerinnen und Einwohner, offengelegt wurde. Das Thema Sicherheit habe sich stark verändert. Auch der Fokus und die Ansprüche haben sich radikal verändert in den letzten eineinhalb oder zwei Jahren. Dies muss differenziert angegangen werden und die Stadt Kriens ist zurzeit nicht so aufgestellt, dass sie dieser Herausforderung gewachsen sei. Es wird daran gearbeitet, dies auf konzeptioneller Ebene wie auch auf ressourcenbedingter Ebene schliessen zu können. Maurus Frey möchte keine falschen Tatsachen vorschwärmen.

Jörg Ziemssen wohnt im Gebiet Sackweid und ist daher in der Nachbarschaft der Talmud-Hochschule. Er stellt fest, dass die Baubewilligung erteilt wurde und er nun seit Wochen keinen Handwerker gesichtet hat. Dem Kantonsblatt hat er entnommen, dass ein Eigentümerwechsel stattgefunden hat. Er fragt, ob der Stadtrat Genaueres weiss.

Maurus Frey möchte sich kurzhalten, da er die KBVU bereits genauer informiert habe. Er bestätigt, dass es einen Eigentümerwechsel gegeben hat. Mit dem neuen Besitzer fängt man wieder bei Null an und wird ihn über die Rahmenbedingungen unterrichten und begleiten. Er merkt an, dass das Gebäude daneben in der Wohnzone steht und daher die Baubewilligung bereits gesprochen wurde. Er hofft, dass zumindest dieses Gebäude schnell ein notwendiges Facelifting erhält und damit auch wieder Leben einzieht.

Andreas Vonesch stellt fest, dass im Zusammenhang mit dem Bypassprojekt nun auch die Gemeinde Emmen Forderungen stellt. Er fragt, ob dies Auswirkungen auf die Anliegen der Stadt Kriens hat.

Christine Kaufmann-Wolf sagt, dass es keine Auswirkungen haben sollte, da diejenigen zehn Jahre zu spät kommen. Sie wollen nun auch die Einhausung. Die Einhausung, in dem Bereich wie Emmen sie nun fordert, hat nichts mit dem Bypass zu tun. In Kriens geht es um die Einhausung im Zusammenhang mit dem Bypass. Aus diesem Grund ist es auch wichtig, dass Kriens daran bleibt mit dem Bypass, den Kriens kann keine Einhausung ohne Bypass fordern. Emmen versucht dies nun. Sie ist der Meinung, dass es für Emmen sehr schwierig wird, da so die ganze A2 eingehaust wird. Wichtig ist jedoch, dass es für Kriens keine Auswirkungen haben sollte.

Cedric Seger stellt fest, dass die Stadt Kriens bekanntlich vom getrennten zum integrativen Schulsystem wechselt. Er fragt, inwiefern die Lehrerschaft in den Entscheidungsprozess miteingebunden wurde.

Marco Frauenknecht erläutert, dass die Lehrerschaft nicht einbezogen wurde, insofern es keine Arbeitsgruppe zu diesem Thema gegeben hat. Es wurde jedoch die Schulleitungskonferenz miteinbezogen. Die

KBSG hat auch die Rückmeldung gegeben, dass die Planung nun aufgenommen wird, damit auch die Ängste und/oder Befürchtungen der Lehrerschaft ernst genommen werden. Es soll alles dafür gemacht werden, dass die Einführung dieses Systems ein Erfolg wird.

5. Protokoll Nr. 4 vom 9. Dezember 2021

Anita Burkhardt-Künzler stellt fest, dass keine Änderungsanträge eingegangen sind. Sprachliche Fehler wurden nachträglich korrigiert. Das Protokoll wird somit genehmigt und verdankt.

6. Wahl der Gemeindedelegierten für den Rest der Amtsperiode 2020 - 2024

Auf Grund des Austritts von Franz Bucher, muss der Einwohnerrat Kriens für die restliche Amtsperiode 2020 - 2024 einen neuen Gemeindedelegierten für den Gemeindeverband ICT wählen. Der Stadtrat schlägt David Schilling (Abteilungsleiter Finanzdienste) vor. Der Lebenslauf von David Schilling wurde dem Rat im Vorhinein zugestellt.

ausgeteilte Wahlzettel:	27
eingegangene Wahlzettel:	25
leere Wahlzettel:	0
ungültige Wahlzettel:	1
gültige Wahlzettel:	24
absolutes Mehr:	13

<u>gewählt in den Gemeindeverband ICT ist:</u>	
David Schilling	24

7. Bericht und Antrag: Schulraumplanung

Nr. 094/22

Anita Burkhardt-Künzler begrüsst den Sachverständiger Markus Buholzer.

Beat Tanner stellt fest, dass nachdem sich der Einwohnerrat an seiner letzten Sitzung damit beschäftigt hat, auf welchem Weg und mit welchen Mitteln die Sicherheit auf den Schulwegen der Krienser Schülerinnen und Schüler optimiert werden kann, heute die Schulraumplanung zur Debatte steht. Der Bericht zur Schulraumplanung wurde in der KBSG von den verschiedenen Fraktionen mehrheitlich positiv aufgenommen. Es gab aber auch kritische Stimmen, die gar eine Rückweisung des Geschäfts forderten. Vorweg sei hier gesagt, dass am Ende die positiven Stimmen überwogen und der Planungsbericht von der Kommission zur Kenntnis genommen wurde. Positiv hervorgehoben wurde insbesondere, dass keine neuen Schulstandorte geplant werden müssen, um die nötigen Schulraumkapazitäten sicherzustellen. Dieser soll mit punktuellen und gezielten Ausbauten an den bestehenden Standorten gedeckt werden. Wobei die freien Kapazitäten besonderes mittelfristig wenig Spielraum bieten oder wie es in der Kommission ausgedrückt wurde, dass es manchmal fast wunschartig aufgeht und der notwendige Schulraum zur Verfügung gestellt werden kann. Das gewisse Kinder in Zukunft einen etwas längeren Schulweg auf sich nehmen müssen, damit die Planungen des Stadtrates aufgehen, damit war die KBSG grundsätzlich einverstanden. Wichtig war aber für alle, dass die jüngeren Kinder (z.B. bis zur vierten Klasse) von kürzeren Wegen profitieren sollten. Gelobt wurde auch die Schulraumstrategie, die Eingang in den Bericht gefunden hatte, wobei einige Stimmen

forderten, dass diese noch Ausbau bedürftig sei oder der Bezug zu gewissen Punkten fehle, wie die Verbindung zur Hortstrategie und den familienergänzenden Tagesstrukturen. Im Speziellen müsste die Schulraumstrategie auch Schwerpunkte aufzeigen und der Schulraum müsste mit einem Preisschild versehen werden, damit wiederum die Immobiliendienste diese Anforderungen bei der Bereitstellung von Schulraum erfüllen können. Der Stadtrat hielt fest, dass es nicht so gewesen sei, dass es bis anhin keine Schulraumstrategie gegeben hätte. Diese sei einfach noch nicht verschriftlicht gewesen. Die Punkte 1 – 7 in der Strategie zeigen nun klar seine Schwerpunkte. Klar sei für den Stadtrat auch, dass jedes Kind möglichst nah zur Schule gehen sollte, Verschiebungen sind und müssen aber möglich sein. Ergänzend hielt Markus Buchholzer fest, welcher der Kommission auch noch für Fragen zur Verfügung stand, dass man von der Idee eines neuen Sek-Standortes absehen möchte, da dies mit sehr hohen Kosten verbunden wäre. Zudem sei das vorhandene Zahlenmaterial besser geworden, was man an den kleineren Abweichungen erkennen kann. Man gehe davon aus, dass dies auch in Zukunft so bleiben werde. In der Detailberatung wurden von der KBSG noch zwei Bemerkungsanträge überwiesen. So sollen die gerade erwähnten Abweichungen in Zukunft analysiert und begründet werden. Dieser Rückblick soll bei der nächsten Planung helfen und auch aufzeigen, wie diese Zustände gekommen sind. Schliesslich soll auch ein möglicher gemeinsamer Sekstandort im Gebiet Mattenhof/Allmend zusammen mit der Stadt Luzern und der Gemeinde Horw geprüft werden, bzw. es sollen entsprechende Anfragen gemacht werden. Eine solche Idee wurde mit Blick auf das Bevölkerungswachstum in diesem Gebiet immer wieder mal aufgebracht, indes fehlt es der Kommission bis jetzt an einer offiziellen Haltung der Gemeinden zu dieser Idee. Wie einleitend gesagt, wurde der Bericht in der Kommission zur Kenntnis genommen.

Da der Präsident der KFG kurzfristig geschäftlich im Ausland weilte, wird Michael Portmann als Vize-Präsident KFG die Voten zu den beiden in der KFG diskutierten Geschäften halten. Es war ihm eine Freude die KFG-Sitzung zu leiten und er dankt nochmals allen Beteiligten inklusive Sachverständigen aus Verwaltung und Stadtrat für ihre engagierte Diskussion. Die KFG habe den Planungsbericht 94/22 mit dem Titel «Nachführung Schulraumplanung 2021 und Schulraumstrategie 2021 bis 2031» ausführlich diskutiert. Alle Fraktionen waren sich einig, dass mit der vorliegenden Datenanalyse bezüglich Schulraum gut sichtbar werde, welchen Bedarf an Schulraum sich in welchem Schulkreis bis Ende 2031 ergeben wird. Dass Schulkinder bei Schulraum-Knappheit in ihrem Schulhaus das übernächste Schulhaus besuchen sollen, wurde akzeptiert, da sich auf diese Weise die Höchstzahl an Schulkindern bewältigen lässt und sich der Bedarf an Schulraum auf ein für Kriens finanziell stemmbares Niveau reduzieren lässt. Ebenfalls finanziell begründet wird, dass die Modulbaute auf der Krauerwiese stehen bleibt. Auch dies wurde akzeptiert. Wenigstens helfe die Modulbaute als vollwertiger Schulraum dabei, die Schulraum-Knappheit im Stadtzentrum zu bewältigen. Für die Schulraumstrategie wurden von unterschiedlichen Fraktionen eingebracht, dass es bei den Schulwegen wichtig sei, dass Kinder bis und mit 2. Klasse prioritär das ihnen nächstgelegene Schulhaus besuchen sollen. Auch solle darauf geachtet werden, dass die Volksschulen Kriens attraktiv bleiben. Insbesondere die aktuell grossen Klassen wurden in der Detailberatung verschiedentlich erwähnt. Erst bei der in der Strategie erwähnten Finanzplanung für den Schulraum ergaben sich Differenzen. Eine Fraktion will das Geschäft zurückweisen, weil die Finanzplanung zu wenig konkret sei und nur unvollständig Übersicht über alle Aspekte des Schulraums inklusive Tagesstrukturen und Schadstoffsanierungen biete. Das Eintreten wurde mit sieben zu einer Stimme beschlossen. Da das vorliegende Geschäft einem Planungsbericht entspricht, gibt es gemäss Gemeindeordnung drei Möglichkeiten der Kenntnisnahme. Da keine Anträge für eine positive oder negative Kenntnisnahme vorlagen, war keine Abstimmung notwendig, um den Planungsbericht neutral zur Kenntnis zu nehmen.

Gemäss Tomas Kobi bedankt sich die Grüne/glp-Fraktion beim Stadtrat für die Schulraumplanung 2021 und die Schulraumstrategie 2021 bis 2031. Die Fraktion werde den Bericht und Antrag Nr. 094/2022 zur Kenntnis nehmen. Die Nachführung 2021 fällt unspektakulär aus und zeigt auf, was im Jahr 2020 bereits festgehalten wurde. In den Neubauten in Luzern Süd ziehen weniger Familien ein. Auch wenn in diesem Gebiet weniger Kinder leben, sehe es so aus, dass die Zahl der schulpflichtigen Kinder in den nächsten Jahren in Kriens zunehmen dürfte. Dies aufgrund von Geburtenzunahmen. Der

Stadtrat rechnet mit einer Zunahme auf Primarstufe von derzeit 84 Klassen auf 91 Klassen im Jahr 2026 und im Bereich der Sekundarstufe von augenblicklich 31 Klassen auf 42 Klassen im Jahr 2031. Die Grüne/glp-Fraktion begrüsst es, dass die Quartierschulhäuser zu Gunsten der Quartier- und Stadtentwicklung erhalten bleiben. Sie nehmen zur Kenntnis, dass der Stadtrat auf neue Schulhäuser verzichtet. Auch wird positiv zur Kenntnis genommen, dass an kurzen Schulwegen festgehalten werden soll. Die Fraktion sei jedoch der Meinung, wenn schon mehr Mobilität zwischen den Schulhäusern Realität werde, dass es Sinn mache, wenn Kinder in höheren Schulstufen einen längeren Schulweg haben. Es sei dabei unabdingbar, dass die Sicherheit des Schulweges gewährleistet werden muss. Leider müsse die Fraktion auch zur Kenntnis nehmen, dass die eine Modulbaute auf der Krauerwiese stehen bleibt, obwohl einmal versprochen wurde, dass diese Bauten in ein paar Jahren wieder weg seien. Im Jahr 2015 hat der Gemeinderat im damaligen Bericht und Antrag für die beiden mobilen Bauten auf der Krauerwiese ausgesagt, dass diese Bauten maximal drei Jahre bleiben und dann die Wiese für die Bevölkerung wieder freigegeben wird. Nun begründet der Stadtrat, dass mit dem Erhalt der Modulbaute Schulraum bereitgestellt werden kann ohne hohe Investitionskosten auszulösen. Auch legt der Stadtrat dar, dass mit dem Rückbau des zweiten Modulbaus der Spielplatz aufgewertet sei. Die Grüne/glp-Fraktion nimmt dies so zur Kenntnis, weist jedoch auf den Art. 7v im BZR hin, auch wenn der Stadtrat darlegt, dass die reduzierte Grünfläche auf der Krauerwiese mit der Kleinfeldwiese mehr als kompensiert werde. Die Fraktion stellt auch fest, dass die Prognosen der jeweiligen Schulraumplanungen in den letzten Jahren nicht immer sehr genau waren. Mal wurde vom Bedarf einer Dreifachturnhalle (Protokoll Einwohnerratssitzung vom 28. Juni 2018) gesprochen. Dann wurde im Jahr 2020 folgendes gesagt: «Es stimmt auch positiv, dass im Moment keine neue Turnhalle notwendig ist» und weiter: «Auch bezüglich Turnhallen-Planung hat es mehr Spielraum gegeben. Verhandlungen mit der Pilatus-Arena bezüglich Sporthallen-Belegung für Turnunterricht der Schulen Kriens sind nicht mehr notwendig.» (Protokoll Einwohnerratssitzung vom 7. Mai 2020.) Wurde vor Jahren davon ausgegangen, dass vermehrt Schulraum gebraucht wird, zeigt sich, dass dies so nicht zutrifft. Die Schulraumstrategie im B+A nimmt die Fraktion unter Punkt 10 zur Kenntnis, obwohl sie in der Strategie konkretere Aussagen gewünscht hätten. Sie unterstützen den Bemerksantrag der Die Jungen Mitte in Zusammenhang mit dem Areal Bosmatt. Die Grüne/glp-Fraktion weist jedoch auch darauf hin, dass die «learnings» im Bericht und Antrag Nr. 094/2022 fehlen. Sie vermissen vom Stadtrat, dass er es verpasst, Abweichungen zu analysieren und darzulegen. Der Stadtrat geht auch nicht Fragen nach wie: «Welche Ausgangslage hatten wir?», «Wie kamen wir auf die entsprechenden Annahmen?», «Was machen wir, wenn die Annahmen nicht zutreffen?» «Wo haben wir uns verschätzt?» Es finde kein Rückblick und kein Ausblick statt. Die Grüne/glp-Fraktion fordert den Stadtrat auf, dass er in Zukunft aufzeigt, wie er Prognosen und Abweichungen bewertet. Die Fraktion wird den Bemerksantrag der KBSG zur Ausgangslage unterstützen, sowie auch den zweiten Antrag der KBSG zur Schulraumstrategie.

Im Namen der SVP-Fraktion bedankt sich Beat Rüegg beim Stadtrat für das 55-seitige, inhaltlich und visuell gut gegliederte Krienser-Schulraumplanungs-Dokument mit der Daten-Nachführung 2021, sowie den dazugehörenden 11-seitigen B+A: Nr. 094/2022 «Schulraumplanung und Schulraumstrategie 2021 bis 2031». Anlässlich dieses bereits vorbesprochenen Traktandums in der KBSG, an welcher auch Markus Buchholzer anwesend war, wurden insbesondere die viel konkreteren Planungszahlen im neu aktualisierten B+A gegenüber den früheren Versionen, als positiv hervorgehoben. Die sei auch im Kommissions-Protokoll ersichtlich. Der B+A wurde mit 7 zu 2 Stimmen zur Kenntnis genommen. Aufgrund komplexer Schüler-/Klassen-Berechnungs-Parameter und rechtlichen Vorgaben, basiere die zehnjährige Schulraumplanungs-Strategie auf folgender Klassenanzahl. Kindergarten Kriens 2022 bis 2032 mit jährlich 25 – 27 Klassen (ca. 500 Kinder). Primarklassen 2022 – 2027 mit jährlich 84 – 91 Klassen (ca. 1'600 – 1'800 Kinder). Sekundarklassen 2022 bis 2027 mit jährlich 31 – 40 Klassen (ca. 560 bis 680 Kinder). Sportklassen 2022 bis 2032 mit jährlich 160 Klassen à drei Lektionsblöcken ergibt 480 Lektionen und 80 reserve Lektionen. Obwohl die totale Schulklassen-Anzahl von 2022 – 2032 um ca. 15 Klassen (140 – 155 Kl.) zunehmen wird, genügen die 19 Turnhallen für den Schulsport und dies auch ohne Pilatusarena. Die SVP-Fraktion befürwortet und unterstützt auch das Quartierschulhäuser-Prinzip für den Kindergarten und Primarschule mit Tagesstrukturen und max. 1,5 Kilometer Fussweg-Distanz in fünf Schulkreisen, sowie ein Sekundar-Schulkreis mit den vier

Sek-Standorten Roggern, Meiersmatt, Kirchbühl und Kleinfeld. Weder Schulschliessungen, Standort-Zusammenlegungen, noch neue Schulhäuser oder Turnhallen seien in Kriens bis 2032 notwendig, jedoch selektive Renovationen und Werterhaltungsaufträge sollen forciert werden. Fehlende Tagesstrukturen (Ober- + Kuonimatt-Räume) seien einzubauen und ab 2025 sei die Roggern-Sek mit sechs Schulzimmern aufzustocken. Beat Rüegg hat noch einige Fragen an den Stadtrat. Bezüglich der Ukraine-Flüchtlinge fragt er nach der erwarteten Schüleranzahl, dem Organisationsmodell, sowie nach den Sofortmassnahmen. Er fragt, ob es beim Areal Bosmatt und Schulhaus Gabeldingen eine Verkaufsoption gebe. Zudem fragt er, ob es betreffend Bildungssparmassnahmen mit Hebelwirkung eine Priorisierungsliste existiert. Die SVP-Fraktion dankt allen Mitarbeitenden der Bildungsdirektion Kriens, sowie dem zuständigen Stadtrat für den vorliegenden B+A und empfiehlt Annahme.

Beat Tanner merkt an, dass der Einwohnerrat im März 2020 die Schulraumplanung zur Kenntnis genommen habe, nun wurde sie schon wieder überarbeitet und nachgeführt. Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die Aktualisierung. Für die neue Planung wurde die Anzahl zu erwartenden Kindern in neuen Überbauungen, tiefer als in den früheren Schulraumplanungen eingesetzt. Das führt natürlich auch dazu, dass mit weniger Schulraumbedarf gerechnet wird. Bei Überbauungen mit einem höheren Kinderanteil hat man z. B. die Berechnung um 25 % zurückgenommen. Aus Sicht der Fraktion sei man mit diesen Zahlen nahe am Minimum. Es kann gut oder eher sein, dass die Schulraumplanung im 2024 wieder einen grösseren Bedarf ausweisen wird. Deshalb unterstützen sie auch den Bemerkungsantrag der KBSG, mit der Stadt Luzern und der Gemeinde Horw zu klären, ob mittelfristig ein Sekschulhaus im Bereich Allmend zusammen geplant und betrieben werden kann. Die Stadt Kriens müsse bereits jetzt und am besten mit ihren Partnern eine umsichtige Planung für die Zukunft vornehmen. Ebenfalls unterstützt die Fraktion den zweiten Antrag der KBSG, in der nächsten Schulraumplanung, die vorgängige Prognose zu bewerten und die Abweichungen zu begründen. Dies gebe dem Parlament einen besseren Überblick über allfällig nötige Anpassungen. Aufgrund dieser verschiedenen Annahmen zeige der Stadtrat auf, dass im Moment kein neues Schulzentrum errichtet werden müsse. Ergänzungen und Ausbauten im Schulhaus Obernau, Roggern für die Sek, und im Kuonimatt sollen die nötigen Schulflächen sicherstellen. Dies bedingt aber, dass das Schulmodul auf der Krauerwiese stehen bleibt. Die FDP-Fraktion stelle sich hinter diesen Entscheid und dies aus mehreren Gründen. Eine Verschiebung dieses Moduls hätte hohe Kosten ohne wesentlichen Mehrwert für die Schule zur Folge. Dieses Geld solle sinnvoller investiert werden. Dieses Modul bringe der Volksschule eine höhere Flexibilität beim Einteilen der Schülerinnen und Schüler, weil diese im Zentrum stehe. Auf der Krauerwiese wurde ein Spielplatz gebaut und auf dem Kleinfeld werden die Freiflächen durch den Abbau des Zauns geschaffen. Somit ist es aus ihrer Sicht gerechtfertigt, dass das Modul stehen gelassen wird. Der Fraktion sei es aber wichtig, dass bei der Einteilung der Schülerinnen und Schüler auf die Schulwege Rücksicht genommen wird. Für sie haben die Kindergärtler und die Schülerinnen und Schüler aus der 1. und 2. Klasse aufgrund des Alters Priorität. Falls ein längerer Schulweg notwendig sei, dann wünsche sich die Fraktion, dass der Fokus dabei auf die Schüler der 5. und 6. Klasse gelegt werde. Zum heutigen Zeitpunkt und mit den vorliegenden Informationen tragen sie diese Schulraumstrategie mit, obwohl diese aus ihrer Sicht Kapazitätsmässig am unteren Rand liege. Mittelfristig sei unbedingt eine Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden nötig, um die Spitzenbelegungen gemeinsam effizient und kostenmässig vernünftig zu meistern. Den Antrag der jungen Mitte zur Boosmatt könne die Fraktion nicht unterstützen. Mit dem Sonderkredit Kriens Leben in Zentrum wurde der Verkauf des Grundstücks Boosmatt als Finanzierung der Zentrumsbauten aufgeführt. Diese Versprechen seien einzuhalten. Ein Verkauf würde zu einer Verringerung der Verschuldung beitragen, was bei steigenden Zinsen sehr wichtig wäre. Allenfalls seien sie auch für ein Baurecht zu haben, wenn dies marktkonform abgegeben werden solle. Dieser Baurechtszins müsste aber ebenfalls für den Schuldenabbau verwendet werden. Die FDP-Fraktion nehme den Planungsbericht zum Schulraum zur Kenntnis.

Gemäss Beda Lengwiler sei die Fraktion Die Mitte/Die Junge Mitte zufrieden mit dem Bericht und nehme ihn zur Kenntnis. Sie finden es wichtig, dass die Schulraumplanung regelmässig überprüft und überarbeitet wird. Die Prognose der Schülerzahlen beinhaltet viele Unsicherheiten. Dies verlangt eine

rollende Planung und die Fraktion unterstützt die Überarbeitung der Planung alle zwei Jahre. Besonders wichtig ist ihnen auch, dass möglichst alle Kinder in das am nächst gelegene Schulhaus gehen können. Die Fraktion findet es schade, wenn dies für einige Kinder nicht mehr möglich sein wird. Sie seien sich jedoch auch der finanziellen Situation bewusst und wissen, dass Kompromisse eingegangen werden müssen. Wichtig ist, dass man das Beste aus der Situation macht. Wenn längere Schulwege in Kauf genommen werden müssen, sollte dies für die älteren Schülerinnen und Schüler vorgesehen werden. Und es soll besonders auf die Sicherheit der Schulwege geachtet werden. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion sei froh, dass der Stadtrat auf Grund der Motion von Ursula Bieri-Wendelspiess die Sicherheit der Schulwege in den nächsten Monaten und Jahren laufend überprüft und verbessert. Erfreue nehme die Fraktion auch zur Kenntnis, dass die Kapazität der Turnhallen, unter Berücksichtigung der Vereine weiterhin ausreichend ist. Damit die Spezialzimmer bzw. Turnhallen besser ausgelastet werden können, fänden sie auch das Szenario interessant und prüfenswert, dass für die Sek-Klassen z. B. der aktuell freie Mittwochnachmittag für den Spezial- und Turnunterricht genutzt werden kann. Auch die Handhabung mit den Modullbauten halten sie für sinnvoll und nachhaltig. Der Fraktion sei aufgefallen, dass die Schülerzahlen nicht immer den Richtzahlen entsprechen. Die Zahlen sollen so wie im Bericht angegeben, umgesetzt werden. Aktuell werden die Richtwerte um bis zu fünf Schülerinnen und Schüler überschritten. Die Fraktion erwartet, dass diese Richtwerte eingehalten werden und dass durch eine vernünftige Klassengrösse der Job als Lehrperson in Kriens attraktiv bleibt. Schlussendlich sei es wichtig, dass man für den erarbeiteten Handlungsbedarf rechtzeitig Lösungen findet und eine gute Schulqualität sicherstellt. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion sei mit dem Bericht einverstanden und nehmen ihn zur Kenntnis.

Laut Bettina Gomer-Beacco dankt die SP-Fraktion dem Stadtrat für die geleistete Arbeit. Die Datenlage sei dank dem Wohnkalkulator und der Schulraumplanung umfassend. Auch die Schulraum-Strategie als Idee mache Sinn. Die SP-Fraktion sei aber gegen das Eintreten des Geschäfts. Dies, da in dieser Schulraumplanung eine sichtbare Strategie fehle. Die Fraktion sehe keine Absichten, keine Wirkungsziele und somit wird eine Überprüfbarkeit der Zielerreichung verunmöglicht. Es finde sich keine konkrete Bestellung für Schulraum und darum seien auch die finanziellen Folgen nicht erkennbar. Es werde aufgezeigt, dass der Schulraum knapp bis sehr knapp wird, die Antwort darauf sei ein hin und her von Schülerinnen und Schülern. Reserven seien kaum vorhanden, für Unvorhergesehenes würde kein Raum bleiben. Bereits jetzt müsse Schulraum dazugemietet werden. Überall werde Pflasterlipolitik betrieben, doch bei grösseren Notlagen helfen Pflasterli selten. Die Datenlage sei eine gute, mit Kreisen um Schulhäuser werden mögliche Einzugsgebiete aufgezeigt. Wenn Theorien zu abstrakt werden, verlieren sie oftmals den Bezug zum Alltag. Wer kann den Eltern verdenken, wenn sie sich unverstanden fühlen, wenn ihr Kind nicht ins nächste, sondern ins übernächste Schulhaus gehen soll? Auch wenn dies sicher die eher die Ausnahme als die Regel ist. Wo genau steht dann der Dienstleistungsgedanken? Wie steht es mit der Attraktivität des Quartiers als Teil der Stadt? Wie soll ein Zugehörigkeitsgefühl, ein Quartierverständnis entstehen, wenn die tragenden Säulen der Gesellschaft – die Familien – genau dort nicht mehr abgeholt werden? Wenn einzelne Kinder nicht in das Schulhaus gehen, welches ihrem Lebensumfeld entspricht, sondern in das des nächsten Quartiers? Die Fraktion ist nicht dagegen, dass das Einzugsgebiet ab der Mittelstufe grösser werden kann, aber das sollte Klassen und nicht einzelne Kinder betreffen. Wenn sie ein Eigenheim kaufe oder eine Wohnung miete, dann schaue sie sich die Lage an. Sie achte auf den Immobilienportalen auf die Angabe zur Distanz zum nächsten Schulhaus. Die Schule sei die nächste Verbindung von der Behörde zur Bevölkerung. Und eine länger andauernde Beziehung habe man nur noch mit der Steuerbehörde. Die Schule nehme aber nicht, sie gebe, darum sollte sie nicht nur als Kostenfaktor angeschaut werden, sondern auch als Brückenbauer und Investition. Diesem Umstand gelte es Rechnung zu tragen. So werden Menschen vor den Kopf gestossen. Viele Eltern werden ihren Unmut äussern, wenn Unterstufen- und Kindergartenkinder herausfordernde Schulwege zu meistern haben, weil sie in ihrem eigentlichen Quartierschulhaus keinen Platz mehr finden. Die SP-Fraktion fordert den Stadtrat dazu auf, dass folgende Prioritäten sichtbar werden. Die Kleinsten sollen den nächstgelegenen Kindergarten besuchen können. Ab der Mittelstufe ist ein Wechsel ins übernächste Schulhaus vertretbar. Werden Zahlen/Preise/Kosten benannt, so sollen sie in einer aktualisierten Tabelle à la AFP dargestellt werden. Der alte AFP nützt

nichts. In der Zusammenstellung sollen alle Aspekte des Schulraumes geplant werden. Wie z. B. alle nötigen Naphatalin-Sanierungen, sowie der Raumbedarf für Spezialräume wie z. B. Psycho-Motorik Therapie und weitere Spezialräume wie sie in den «Empfehlungen für Schulbauten» vom Kanton herausgegeben werden und den Raumbedarf für schulergänzende Massnahmen wie Horte und Mittagstische. Somit wäre auch ein klares Bekenntnis zur Hortstrategie erkennbar. Es soll ein konkreter Plan sichtbar werden, wie der Schulraum sichergestellt werden soll. Deswegen lehnt die SP-Fraktion die vorliegende Schulraumstrategie ab und sei für Nichteintreten. Durch die Voten ihrer Vorrednerinnen und Vorredner geht sie davon aus, dass die Fraktion überstimmt wird. Falls das zutrifft, möchte sie jetzt bereits eine Bitte anbringen. Den Eltern soll vor der Schulhauszuweisung erklärt werden, welche Gedanken und Strategien in die Einteilung einwirken. Es sollte nicht darauf gehofft werden, dass man den Ball flach halten kann, sondern alle Beteiligten im Wissen coachen, dass man Völkerball in einem Gemischten Team aus Eltern, Schülerinnen und Schülern und Lehrpersonen spiele.

«Einmal so, einmal so» lautet gemäss Patrick Koch ein bekannter Schlager und passe hervorragend zur Krienser Schulraumplanung. Das Krienser Parlament habe sich mit Nachdruck mehrmals dafür ausgesprochen, die Krauerwiese von den Provisorien zu befreien. Der Einwohnerrat habe die ursprüngliche Motion Koch «Die Krauerwiese als Spielwiese und Freiraum für die Krienser Bevölkerung erhalten!» als Postulat überwiesen und mehrmals nicht abgeschrieben. Anfang 2021 spürte der Stadtrat und verkündete im Newsletter vom 13. März 2021, aus welchem er zitiert: *«Eigentlich war es immer klar: Die Krauerwiese (im Volksmund auch «Turnmätteli» genannt) soll als Spielwiese und Freizeitareal weiter genutzt werden. Die beiden Schulgebäude, die dort seit vier Jahren stehen, waren deshalb nur als Provisorium konzipiert. Die beiden Gebäude dienten während der Totalsanierungen der nahen Schulhäuser Kirchbühl 1 und 2 sowie Brunnmatt als Übergangslösung. Im Schulbetrieb wurden damit sehr gute Erfahrungen gemacht. Beide Gebäude wurden in einem modularen Bausystem erstellt – mit dem Plan, dass sie nach einigen Jahren an einen anderen Standort gezügelt werden könnten. Denn es war klar, dass der zusätzliche Schulraum langfristig nicht im Zentrum, sondern einem der anderen Quartiere benötigt wird.»* Kaum ein Jahr später kommen die Schulraumexperten zu einem ganz anderen Schluss. Da kann er nur staunen. Weiter zitiert er aus dem Kurzprotokoll der Einwohnerratssitzung vom 11. März 2021: *«Nun soll auch das zweite Modul von der Krauerwiese wegkommen. Bis Ende Jahr wird ein Variantenstudium stattfinden, ob die Schulanlage Kuonimatt oder Obernau der neue Standort sein sollen. Dies ist spätestens auf Beginn des Schuljahr 2023/24 geplant. Damit würde die Krauerwiese wieder komplett als Spielwiese zur Verfügung stehen. Der dort neu eröffnete Spielplatz sorgt bereits jetzt für eine zusätzliche Attraktivierung. Der Jungspund in der Regierung mache eine Kehrtwende von der Kehrtwende. Plötzlich sei der Grünraum im Zentrum und die zusätzliche Attraktivierung im Zentrum kein Thema mehr. Das Argumentarium des Stadtrates sei denn auch sehr stümperhaft. Da werde argumentiert, dass Umzugskosten von einer Million Franken eingespart werden würde, wenn der Schulstandort Krauerwiese erhalten bliebe. Als Ersatz wird die Kleinfeldwiese angesprochen. Diese war bereit jetzt der Öffentlichkeit zugänglich. Er fragt sich, ob der Stadtrat schon mal die Milchbüchlirechnung gemacht hat, was das Erstellen dieses Kleinfeldhages, das Entfernen dieses Kleinfeldhages und das neue Ticketsystem für die Badigäste kosten wird. Hinzu komme, dass die neue Regelung dem SCK sehr entgegen kommt und er in den Sommermonaten die Kleinfeldwiese in Beschlag nehmen wird. Ein Nutzungskonzept sei unabdingbar. Der Stadtrat politisiert, wie man am letzten Urnengang wieder einmal mehr gesehen hat, total neben dem Krienser Volk vorbei. So würde es ihm doch auch nichts ausmachen, wenn er an einem weiteren Abstimmungssonntag einen «Lätsch» macht. Wer könne schon gegen eine grüne Spielwiese im Stadtzentrum sein. Der vorliegende B+A sei gut für die Mottenkiste. Patrick Koch nimmt den vorliegenden B+A ablehnend zur Kenntnis und stellt einen entsprechenden Antrag für den Beschlusstext.*

Erich Tschümperlin merkt an, dass er den Ärger von Patrick Koch versteht und stimmt ihm zu, dass diese Module ein Ärgernis sind. Er würde heute behaupten, dass der Einwohnerrat angelogen wurde. Es wurde gesagt, dass diese Module werterhaltend seien und diese ganz einfach gezügelt werden können. Der dazumalige Stadtrat habe nicht einmal gemerkt, dass er keine Baubewilligung für diese

Module hat und die provisorische Baubewilligung sei bereits ausgelaufen. Aus diesem Grund stehen diese Module illegal auf der Krauerwiese. Zudem wird man sie mit dem aktuellen Reglement, nicht bewilligen können. Damals wurde ein Antrag von Kathrin Graber angenommen, mit welchem man entschieden hat, dass diese grüne Wiese nicht verbaut werden kann. In seinen Augen ist es ein Desaster. Auch auf der Rogernwiese stehe ein solches Modul, welches ebenso nicht gegangen wäre, wenn sich niemand gewehrt hätte. Er stellt fest, dass die Geschichte lange ist und die Stadträte, welche heute hier sind, nichts dafür können. Bereits in der KFG wurde die Verschiebung der Module berechnet. Für die entstehenden Kosten, könnte man ebenso gut ein neues Schulhaus bauen. In der heutigen Zeit mit dieser finanziellen Lage, wird er trotzdem dieser Schulraumplanung zustimmen. Kriens könne es sich nicht leisten, Schulraum, welcher bereits zweimal für Fr. 100'000.00 umgebaut wurde, qualitativ sehr gut sei und bereitsteht, zu einem Neukostenpreis an einem anderen Ort hinstellt. Er möchte dem Stadtrat mitgeben, dass mindestens dieser Schulraum bzw. der Platz im Grundbuchamt eingetragen wird.

Marco Frauenknecht dankt für die Rückmeldungen und merkt an, dass es keine Neuheiten gibt. Es werde nicht neu erfunden, sondern auf jahrelangen Forderungen aufgebaut. Es wird gefordert, dass zu den jetzigen Standorten geschaut wird, diese werterhaltend pflegt und teilweise sogar umbaut. In der Strategie sieht man auch, dass teilweise sogar neu gebaut wird. Er bestätigt, dass die Prognosen in engen Zahlen formuliert seien. Dadurch dass der Stadtrat mit der GIS-Analyse, aber auch mit den neuen Zahlen des Wohnkalkulators, gearbeitet hat, sei er auf ein anderes Resultat gekommen. Für den Stadtrat sei es wichtig, dass an den bestehenden Standorten festgehalten wird. So, dass diese auch in Zukunft, falls es mehr Kapazität benötigt, weiterentwickelt werden können. Zudem sei für den Stadtrat klar, dass an dem Planungsbericht 2018 festgehalten wird und so auch die Tagesstruktur erhalten und auch weiterentwickeln. Marco Frauenknecht stellt fest, dass die Schulwegsicherheit vom Einwohnerrat angesprochen wurde. Er merkt an, dass an der letzten Einwohnerratssitzung ein gutes Projekt zu diesem Thema verabschiedet wurde. Er bestätigt, dass auf der letzten Seite zu dem Merkblatt zu den zumutbaren Schulwegen, 1.5 Kilometer heisst. Es sei das erste Mal, dass die Grössenordnung von 1.5 Kilometer angewendet wird und dies so ersichtlich macht. Er sei erschrocken, was an ihn getragen wurde bezüglich der Einteilung in die Klassen. Ihm sei nicht bewusst gewesen, dass dies ein solches Thema geben wird. Einerseits habe er Verständnis dafür, andererseits sieht er die Arbeit seiner Mitarbeitenden und sieht, dass diese alles Mögliche versuchen. Sie werden im Rektorat weiterhin alles geben, dass die Schülerinnen und Schüler den nächstliegenden Standort erreichen können. Er dankt für das Verständnis, falls dies einmal nicht möglich sei. Er fügt hinzu, dass alle Fragen betreffend der Ukraine bei der Behandlung der dringlichen Interpellation Lengwiler (Nr. 104/22) beantwortet werden. Die Haltung des Stadtrates, bezüglich der Bosmatt, sei im Einwohnerrat eine Mehrheit. Der Stadtrat sei klar der Meinung, dass endlich die nächsten Schritte gegangen werden können. Betreffend Gabeldingen hat der Stadtrat klar entschieden, dass an den bestehenden Standorten festhält. Dementsprechend sei auch das Schulhaus Gabeldingen ganz klar im Portfolio beinhaltet. Zur Thematik Bildung und Sparmassnahmen sagt er, dass Bildung kostet und dies auch richtig sei. Er bestätigt, dass man Sparmassnahmen im Bereich Bildung erlebt habe. Diese hat man auch in der Thematik Tagesstrukturen erlebt. Er merkt an, dass es auch weiterhin, in der gesamten Bildung und der gesamten Verwaltung, Sparmassnahmen geben. Und dies, da es in der heutigen Situation, in welcher man sich zurzeit befindet, keine andere Optionen gebe. Wer wieviel einsparen muss, wird man in der nächsten Budgetdebatte sehen. Er stellt fest, dass die Priorisierung angesprochen wurde und bestätigt nochmals, dass man die Kleinsten in den nächstgelegenen Standort einteilen wird. Zudem sagt er, dass diese Schulraumplanung auch eine Rollendeplanung sein soll, welche alle zwei Jahre mit einem Bericht überprüft wird. Betreffend Kosten sagt er, dass der Stadtrat nicht mit neuen Zahlen kommen kann, wenn der neue AFP noch nicht vorhanden ist. Er stellt fest, dass er die Bemerkungsanträge der KBSG mitnehmen wird und auch die Thematik Raumbedarf, was sonst noch in Kriens gebraucht wird. Auch die Thematik der Krauerwiese wird er mitnehmen. Wenn er sieht, was eine Abschreibung eines solchen Schulhauses kostet, dann werde ihm nur schlecht. Auch nehme er die Thematik, bezüglich den Baubewilligungen und den Einträgen im Grundbuchamt, mit. Marco Frauenknecht erläutert nochmal, dass die Schulraumplanung ein laufender Prozess sei und dieser jährlich angeschaut werden muss.

Abstimmung Eintreten zu B+A Nr. 094/22Mit 20:6 Stimmen wird auf den B+A eingetreten.

Akermann Michèle	Ja
Albrecht Michèle	Ja
Bienz Viktor	Ja
Durrer Ivo	Ja
Erni Matthias	Ja
Felber Reto	Nein
Fluder Hans	Ja
Gomer-Beacco Bettina	Nein
Gut Kathrin	Nein
Hunziker Manuel	Ja
Kobi Tomas	Ja
Koch Patrick	Nein
Lengwiler Beda	Ja
Lisibach Armin	Ja
Marco Meier	Ja
Meyer Pascal	Ja
Portmann Michael	Nein
Rüegg Beat	Ja
Segger Cedric	Nein
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Ja
Tschümperlin Erich	Ja
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Ja

Detailberatung

Erich Tschümperlin hat eine Frage zum Schulkreis Gabeldingen. Er merkt an, dass dort noch eine Leiche des vorgängigen Stadtrates bestehe. Das Bauprojekt, welches vor Jahren abgeschlossen wurde, sei noch nicht abgeschlossen. Es wäre noch ein Raum für Werkzeuge geplant gewesen. So, dass der bestehende Erdwall wieder zurückgebaut werden kann. Vor Jahren habe man dem Einwohnerrat versprochen, dass dies im Jahr 2021 oder 2022 angegangen wird. Er fragt, ob der Stadtrat dem Einwohnerrat mitteilen könne, wann die Renovationen im Schulhaus Gabeldingen abgeschlossen werden.

Roger Erni sagt, dass sein Departement in Abklärung mit dem Bau- und Umweltsdepartement sei. Vor wenigen Tagen hatte man dazu eine Sitzung. Der aktuelle Stand soll dem Protokoll beigelegt werden.

Anmerkung der Protokollführung:

Es werde bis im ersten Halbjahr 2023 dauern, bis die Arbeiten abgeschlossen sind. Der Färbergarten braucht eine Abklärung seitens des Kantons Luzern. Der Entscheid wird im Herbst 2022 erwartet. Der Kanton zahle evtl. 1/2 bis 2/3 an die Kosten für dieses Projekt. Für dieses Projekt «Humusdepot geradeziehen» werden Fr. 80'000.00 im Investbudget eingestellt und allenfalls ins nächste Jahr übertragen.

Bemerkungsantrag KBSG: Seite 3 – Ausgangslage

Beat Tanner möchte im Namen der KBSG folgende Bemerkung ergänzen:

«In der nächsten Schulraumplanung hat der Bericht die vorgängige Prognose zu bewerten und die Abweichungen zu begründen.»

Da nicht opponiert wird, gilt der Bemerkungsantrag als überwiesen.

Bemerkungsantrag Die Junge Mitte: Seite 6 – Fazit

Beda Lengwiler möchte im Namen der Die Junge Mitte-Fraktion folgende Bemerkung ergänzen:

«Auch, wenn auf dem Areal Bosmatt keine schulische Nutzung geplant ist, soll das Areal Bosmatt vorläufig im Eigentum der Stadt Kriens bleiben, bis über die Bodeninitiative entschieden wurde.»

Beda Lengwiler stellt fest, dass das Areal Bosmatt eine strategisch wichtige Immobilie ist. Und auch wenn die Schulraumplanung das Grundstück nicht benötigt, möchte Die Junge Mitte das strategisch wichtige Grundstücke, welches in Zukunft Flexibilität bieten kann und Kriens lebenswert machen wird, schützen. Die Junge Mitte Kriens ist der Meinung, dass man speziell für die Zukunft strategisch wichtige Grundstücke deswegen nicht veräussern soll. Doch ihre Meinung ist zweitrangig. Wichtig sei, was die Bevölkerung will. Aus diesem Grund möchten sie, dass man der Bevölkerung nicht zuvorkommt und das Grundstück Bosmatt im Besitz der Stadt Kriens behält, bis über die Bodeninitiative entschieden wurde. Er sagt: «Demokratie walten, Kriens gestalten! Und das in dieser Reihenfolge.»

Gemäss Andreas Vonesch findet es Die Mitte Kriens es toll, dass sich ihre Jungpartei mit eigenen Meinung und Vorstellungen bei verschiedenen Themen aktiv einbringt. So z.B. jetzt mit dem Antrag zur Desinvestition der Bosmatt, dies vor dem Hintergrund der hängigen Bodeninitiative. Die Mitte hat hier aber eine andere Haltung. Mit der Botschaft zur Zentrumsplanung habe man der Bevölkerung 2014 versprochen, dass ein Teil des Zentrumsprojekts durch Desinvestitionen - unter anderem das Areal Bosmatt - mitfinanziert werden kann. Dieses Versprechen hat der Stadtrat bis heute nicht eingelöst. Da jetzt in der Schulraumplanung klar zum Ausdruck komme, dass auf dem Areal Bosmatt keine schulische Nutzung vorgesehen sei, erwarten sie, dass der Stadtrat nun diese Desinvestition zügig an die Hand nimmt, wie Die Mitte-Fraktion es jedes Jahr auch bei den Budgetdebatten gefordert habe. Die Mitte Kriens wird den Bemerkungsantrag nicht unterstützen.

Marco Frauenknecht dankt für das Votum von Andreas Vonesch. Er könne nichts mehr hinzufügen.

Abstimmung Bemerkungsantrag Die Junge Mitte

Mit 12:14 Stimmen wird der Bemerkungsantrag abgelehnt.

Akermann Michèle	Nein
Albrecht Michèle	Nein
Bienz Viktor	Nein
Durrer Ivo	Nein
Erni Matthias	Nein
Felber Reto	Ja
Fluder Hans	Nein
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Hunziker Manuel	Ja
Kobi Tomas	Ja
Koch Patrick	Nein
Lengwiler Beda	Ja
Lisibach Armin	Nein
Marco Meier	Nein

Meyer Pascal	Ja
Portmann Michael	Ja
Rüegg Beat	Nein
Seger Cedric	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Nein
Tschümperlin Erich	Ja
Vonesch Andreas	Nein
Zellweger Martin	Nein
Ziemssen Jörg	Nein
Zosso Cyrill	Ja

Bemerkungsantrag KBSG: Seite 7 – Schulraumstrategie

Beat Tanner möchte im Namen der KBSG folgende Bemerkung ergänzen:

«Der Stadtrat richtet eine schriftliche Anfrage an die Stadt Luzern und die Gemeinde Horw, ob im Bereich Allmend mittelfristig ein Sekundarschulhaus geplant und betrieben werden könnte.»

Beat Tanner erläutert, dass es darum geht ein Stadtrats-Beschluss zu machen, in welchem Kriens die anderen Gemeinden offiziell anfragt und anschliessend eine offizielle Rückmeldung erhält.

Da nicht opponiert wird, gilt der Bemerkungsantrag als überwiesen.

Karin Schuhmacher Bürgi liest den Beschlusstext vor:

Der Einwohnerrat der Stadt Kriens nimmt in Anwendung von § 29 Abs. 1 lit. d. der Gemeindeordnung der Stadt Kriens vom 13. September 2007 den Bericht Nr. 094/2022 des Stadtrates über die Nachführung Schulraumplanung 2021 und Schulraumstrategie 2021 bis 2031 zur Kenntnis.

Folgende Bemerkungen wurden überwiesen:

- *In der nächsten Schulraumplanung hat der Bericht die vorgängige Prognose zu bewerten und die Abweichungen zu begründen.*
- *Der Stadtrat richtet eine schriftliche Anfrage an die Stadt Luzern und die Gemeinde Horw, ob im Bereich Allmend mittelfristig ein Sekundarschulhaus geplant und betrieben werden könnte.*

Abstimmung über den Beschlusstext Bericht und Antrag Nr. 094/22:

Der Beschlusstext wird mit 20:6 Stimmen gemäss Antrag des Stadtrates genehmigt.

Akermann Michèle	Antrag StR/neutral
Albrecht Michèle	Antrag StR/neutral
Bienz Viktor	Antrag StR/neutral
Durrer Ivo	Antrag StR/neutral
Erni Matthias	Antrag StR/neutral
Felber Reto	Antrag Koch/ablehnend
Fluder Hans	Antrag StR/neutral
Gomer-Beacco Bettina	Antrag Koch/ablehnend
Gut Kathrin	Antrag Koch/ablehnend
Hunziker Manuel	Antrag StR/neutral
Kobi Tomas	Antrag StR/neutral
Koch Patrick	Antrag Koch/ablehnend

Lengwiler Beda	Antrag StR/neutral
Lisibach Armin	Antrag StR/neutral
Marco Meier	Antrag StR/neutral
Meyer Pascal	Antrag StR/neutral
Portmann Michael	Antrag Koch/ablehnend
Rüegg Beat	Antrag StR/neutral
Seeger Cedric	Antrag Koch/ablehnend
Stofer Peter	Antrag StR/neutral
Tanner Beat	Antrag StR/neutral
Tschümperlin Erich	Antrag StR/neutral
Vonesch Andreas	Antrag StR/neutral
Zellweger Martin	Antrag StR/neutral
Ziemssen Jörg	Antrag StR/neutral
Zosso Cyrill	Antrag StR/neutral

8. Bericht und Antrag: Sonderkredit zur Finanzierung des gemeinsamen Vorgehens mit dem ASTRA, dem Kanton Luzern und LuzernPlus zur ganzen oder teilweisen Überdeckung Bypass Nr. 095/22

Anita Burkhardt-Künzler begrüsst als Sachverständigen Jesús Turiño.

Matthias Erni erläutert, dass die KBVU ein einheitliches Eintreten festgestellt hat. Alle Parteien seien sich einig, dass der eingeschlagene Weg mit der Absichtserklärung weitergeführt werden soll. Auch wenn das Bypass Projekt nicht durchgängig gutgeheissen wird, so seien es zumindest realpolitische Überlegungen, die zur Einigkeit führen. Denn die Fortschritte die erreicht wurden, wurden nur durch die überparteiliche Einigkeit erreicht. Nach intensiven Diskussionen zur Ausgestaltung der Überdeckung und flankierenden Massnahmen, hat die KBVU folgende Bemerkungsanträge beschlossen. Anstatt einem Nachtragskredit in der Höhe von Fr. 335'000.00, soll der Stadtrat die Einordnung in die Investitionsrechnung prüfen. So können die Kosten über mehrere Jahre abgeschrieben werden und dem Generationenprojekt gerecht werden, anstatt den vollen Betrag zu Lasten des Budgets 2022 zu verbuchen. Weiter wird der Stadtrat beauftragt, dass falls der Bypass nicht realisiert wird, die Erkenntnisse aus der Testplanung auch für eine Überdachung des bestehenden Autobahnabschnittes genutzt und gefordert werden. Ein Antrag auf die Rückforderung der Kosten beim ASTRA nach erfolgter Plangenehmigung, habe die KBVU abgelehnt. Die Überlegung hinter der Ablehnung ist, dass man die Verhandlungsposition nicht schwächen will und weiterhin auf Augenhöhe verhandeln zu können. Im Weiteren unterstützt die Kommission den Bemerkungsantrag der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion. Sie sei sich einig, dass die Stadt Kriens alles daran zu setzen hat die vollständige Überdeckung vom Bypass auf der Grundlage der Vision «Chance Bypass» zu erreichen.

Gemäss Michael Portmann hat die KFG den Planungsbericht für die Sonderbewilligung und den Nachtragskredit für die Finanzierung des gemeinsamen Vorgehens mit dem ASTRA, dem Kanton Luzern und LuzernPlus zur ganzen oder teilweisen Überdeckung des Bypasses ausführlich diskutiert. Ein grosser Dank gelte dem vormaligen und heutigen Stadtrat, da ohne die Einsprache gegen das Bypass-Projekt auch keine Diskussion um die Überdachung möglich gewesen wäre. So waren sich alle Fraktionen darin einig, dass die Stadt Kriens auf Augenhöhe mit dem Astra und dem Kanton Luzern an der Testplanung für die Überdachung beteiligen soll. Deshalb war das Eintreten einstimmig und unbestritten. Die Bewilligung und der Nachtragskredit für die Finanzierung wurden ebenfalls einstimmig genehmigt. In der Diskussion sei schliesslich noch die Frage aufgetaucht, ob der Nachtragskredit besser der Erfolgsrechnung oder der Investitionsrechnung zu geordnet werden soll, entstand sehr kurzfristig ein Antrag der KFG, in welchem der Nachtragskredit dem Globalbudget der Präsidialdienste in der Investitionsrechnung zugeordnet werden soll. Den Antrag sowie dessen Begründung werde anschliessend in

der Detailberatung von Martin Zellweger vorgestellt. Im Namen der KFG dürfe er noch folgendes Statement anbringen. Der KFG war wichtig, dass der Einwohnerrat und der Stadtrat für diesen B+A geschlossen auftreten, damit ein starkes Signal für die Überdachung und damit für die Stadtreparatur gesetzt werden kann.

Cyrril Zosso stellt fest, dass die Einigkeit bei diesem Projekt zentral ist. In der Stadt Kriens sei man bereits sehr weit gekommen. Kriens habe das ASTRA und den Kanton an einem Tisch und könne auf Augenhöhe verhandeln. Darum gehe es auch zu einem gewissen Grad im nächsten B+A. Es gehe nämlich darum, dass sich Kriens an den Kosten beteiligt und somit das gleiche Mitspracherecht bei der Testplanung hat, wie auch alle anderen Player. Es sei allen im Rat klar, dass das Projekt, wie es dem Einwohnerrat vorgelegt wurde, nicht durch die Stadt Kriens tragbar sei. Daher müsse man diese Verbesserungen einfordern, damit Kriens schlussendlich einen Mehrwert hat. Der Mehrwert sei nicht nur für Kriens, denn es sein ein kanonaler Mehrwert im Entwicklungszentrum LuzernSüd. Die Grüne/glp-Fraktion stehe dahinter und stütze den Stadtrat weiterhin geschlossen. Weiter fordern sie, dass man weiterhin auf die komplette Einhausung besteht. In Anbetracht der Investition, welche für Kriens eine grosse Investition sei, soll das Maximum rausgeholt werden. Die Fraktion hat noch einige offene Fragen, welche vorallem die massiven Auswirkungen in der Umsetzung betreffen. Kriens werde während der Bauarbeiten schwer erreichbar sein. Zudem werde es massiven Baustellenverkehr geben, da es hunderte von Lastwagen benötigen wird. Aus diesem Grund werden sie einen Bemerkungsantrag zur Testplanung Einhausung Bypass einreichen, welcher wie folgt lautet: «Der Stadtrat setzt sich dafür ein, dass im Rahmen der Testplanung neben Fragen zur Einhausung, zusätzlich Varianten zur siedlungsverträglichen Abwicklung des Baustellenverkehrs geprüft werden und geprüft wird, wie Kriens trotz Bypass erreichbar bleibt. Insbesondere ist die vom Kantonsrat in Auftrag gestellte durchgehende Busspur bis Ebikon zu konkretisieren.» Dabei gehe es darum, dass man zu jedem möglichen Zeitpunkt auf diese Forderungen bestehen muss. Dass man dem Stadtrat auch bei diesem Anliegen auf den Weg gibt, dass man sich dafür einsetzt und bei jedem möglichen Zeitpunkt auch weiter einfordert und einbringt, damit auch dieses Anliegen beim ASTRA ankommt. Die Fraktion ist für Eintreten und dankt dem Stadtrat für die grosse geleistete Arbeit für dieses Projekt.

Martin Zellweger merkt an, dass garantiert Räto Camenisch derjenige gewesen wäre, der die Fraktionsmeinung zu diesem Thema vertreten hätte, wäre er nicht Gesundheits-bedingt abwesend. Als wesentliche Kraft hinter der gemeinsamen Krienser Bewegung für eine Kriens-verträgliche Lösung des Projekts Bypass sei das Thema für ihn «eine Herzensangelegenheit». So sei es natürlich für die SVP-Fraktion eine logische Folge der bisherigen Aktivitäten, den Sonderkredit für gemeinsame Bestrebung zur Lösungsfindung, zusammen mit dem Kanton und dem Bund zu sprechen und den Stadtrat in seiner Aktivität zu stärken. Die Fraktion trete selbstverständlich ein und wird dem Antrag zustimmen. Es sei ein wesentlicher Meilenstein die Parteien an einen Tisch zu bringen und mit der klaren Absicht für das Autobahnprojekt Bypass mögliche Verbesserungen zu entwickeln, welche eben auch die möglichst vollständige Überdachung bzw. Einhausung in Betracht ziehen. Dieser Meilenstein ist schön, da er gemeinsam formuliert werde und alle Parteien Offenheit zur Diskussion bekunden. Für Kriens gäbe es aber klar nur ein Ziel und davon will die Fraktion nicht abkommen – die vollständige Einhausung des offenen Autobahnabschnitts. Dafür habe sich der gesamte Einwohnerrat konsequent eingesetzt, dafür engagiere sich das Komitee Bypass plus und dafür soll sich auch der Stadtrat konsequent einsetzen. Dem Bemerkungsantrag der Die Mitte/Die Junge Mitte könne die Fraktion somit beipflichten, sollte dies irgendjemandem noch nicht klar sein. Trotz der positiven Haltung der SVP-Fraktion zum Geschäft und der Zusage zum Sonderkredit von Fr. 335'000.00 waren sie nicht einfach per se damit einverstanden, mit einem Nachtragskredit zusätzliche Mittel zum bereits vorhandenen Budget zu sprechen, sollten andere Möglichkeiten vorhanden sein. Dazu fehlt im Antrag grundsätzlich eine Aussage. Zuhanden der KFG haben sie prüfen lassen, inwiefern der bisher budgetierte Kredit von Fr. 300'000.00 für die Testplanung Zentrum durch die Ablehnung des Krienser Stimmvolks für andere Zwecke freigeworden sei. Da die Budgetierung für 2021 vorgenommen wurde und im 2022 lediglich durch eine Kreditübertragung erfolgte, bleibt dieser Zweckgebunden. Damit sei er nicht für den Sonderkredit Bypass einzusetzen.

Was der Fraktion dabei aber wichtig wäre, ist, dass er auch nicht für andere Zwecke innerhalb des Globalbudgets zur Verfügung steht. Was jedoch bei dieser Prüfung aufgefallen sei, war, dass der Kredit für die Testplanung Zentrum mehrheitlich in der Investitionsrechnung budgetiert wurde. Es zeigte sich klar, dass dies für den Nachtragskredit von Fr. 335'000.00 für die Testplanung Bypass richtigerweise ebenso zur Anwendung kommen sollte. Die SVP-Fraktion plädiere deshalb für eine Anpassung des Beschlusstextes so, dass der Nachtragskredit anstelle der Erfolgsrechnung der Investitionsrechnung zugeschrieben wird. Es handelt sich hier nicht um einmalige Kosten, sondern um eine längerfristige Investition, welche auch über mehrere Jahre abgeschrieben werden soll und nicht nur einmal die Erfolgsrechnung 2022 belasten. Der Sonderkredit sei letztendlich ein Maximalbetrag, der möglicherweise nicht voll ausgeschöpft werde und schon gar nicht im 2022. Deshalb unterstützt die Fraktion den Antrag, welcher die KFG noch stellen wird. Letztendlich entspricht dies auch dem Antrag der KBVU, die Einordnung in die Investitionsrechnung zu prüfen, geht aber einen Schritt weiter und setzt dies bereits im Beschlusstext um, anstelle nur zu prüfen. Der Antrag der KBVU zur Weiterverwendung des Resultats, sollte der Bypass nicht Realität werden, sei eine richtige Aussage der sie auch beipflichten können. Er appelliert an den Rat, dass der Sonderkredit gesprochen werden soll, ihn über die Investitionsrechnung zu finanzieren und den Stadtrat mit voller Kraft auf den wichtigen Weg mit dem Ziel der vollständigen Einhausung des offenen Autobahnabschnitts senden. Sollte es noch eine bessere Lösung geben, so sei die Fraktion auch Ergebnis-offen.

Gemäss Matthias Erni spreche sich die FDP.Die Liberalen Kriens für die Finanzierung von diesem gemeinsamen Vorgehen aus. Es wurde, in den Verhandlungen, schon viel erreicht und dieser einheitliche Weg über alle Parteigrenzen hinweg müsse unbedingt weitergehen. Die Fraktion sei aber klar der Meinung, dass die Finanzierung der Einhausung (nicht die Testplanung) keine kommunale Aufgabe ist. Das Autobahnprojekt sei eine Bundesaufgabe und wird vom Bund finanziert. Weiter sei es für die FDP-Fraktion zentral, dass die Stadt Kriens ein grosses Mitspracherecht hat und auch das Gewerbe miteinbezieht. Sie gehen davon aus, dass hier proaktiv Gespräche mit ihnen geführt werden. Mehrere Firmen, namentlich die Brunner Medien AG, Schwerzmann Automobile, Bieri Federn- und Bremsservice, Pro Liner AG oder Gallus Garage müssten bei einer Überdachung weichen oder würden Teilenteignet. Dieses Gewerbe müsse in die Planung miteinbezogen werden. Für andere direkt betroffene bietet die Überdachung jedoch einen sehr grossen Mehrwert. So z. B. bei den Wohnungen von im Nidfeld (LeNid). Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass dort eine Mehrwertabschöpfung stattfinden muss. Das allerwichtigste sei jedoch zuerst, dass die überparteiliche Einigkeit heute aufrechterhalten wird. Die FDP.Die Liberalen appelliert an alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, im Interessen der Aufwertung der Lebensqualität, der Finanzierung von diesem Vorgehen zuzustimmen.

Laut Andreas Vonesch dankt Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion für den Bericht und die Bemühungen des Stadtrates gemeinsam mit dem ASTRA, Kanton und LuzernPlus sich für die Optimierung des Bypasses einzusetzen. Mit der Absichtserklärung sei aus Sicht der Fraktion ein ganz wichtiger Schritt gelungen. Durch die gemeinsame Zielsetzung komme zum Ausdruck, dass nun in partnerschaftlicher Zusammenarbeit eine gemeinsame Entscheidungsgrundlage entstehen soll. Die Fraktion begrüsst dieses Vorgehen und unterstützt deshalb auch, dass die Beteiligten diesen Kredit im Sinne von der Ebenbürtigkeit zu gleichen Teilen tragen. Wenn man dann aber die zusätzlichen Ziele der verschiedenen Beteiligten liest, merke man, dass die Vorstellungen über die Ausgestaltung von dieser Stadtreparatur doch unterschiedlich interpretiert werden. Klar und deutlich formuliert es die Stadt Kriens, wenn sie die vollständige Überdeckung fordert. Der Die Mitte/Die Jungen Mitte-Fraktion sei es sehr wichtig, dass man als Stadt Kriens, auch als Einwohnerrat geschlossen hinter der angestrebten vollständigen Überdeckung oder Einhausung steht. Um dem Stadtrat den Rücken zu stärken, haben sie auch einen entsprechenden Bemerktungsantrag eingereicht. Er bittet den Rat, diesen zu unterstützen. Die Fraktion wird auch dem Antrag der KBVU zustimmen. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion wird den Sonderkredit genehmigen.

Reto Felber merkt an, dass ein weitläufiger Konsens herrsche, dass der bestehende Autobahnabschnitt A2 auf dem Krienser Stadtgebiet zwischen dem Südportal Tunnel Sonnenberg und dem Nordportal Tunnel Schlund äusserst stark siedlungstrennend wirkt und einen Mangel an stadträumlicher Qualität verursacht. Nun endlich habe Kriens die Chance diese Bausünde mit einem Einhausungsprojekt zu reparieren und für die Krienserinnen und Krienser, welche an dieser viel befahrenen Nationalstrasse leben, eine signifikante Verbesserung ihrer Lebensqualität, ohne Lärm- und ohne Abgasemissionen, zu ermöglichen. Eigentlich wäre alles in Ordnung, wenn nicht der Eindruck entstehen würde, dass es sich bei der Absichtserklärung um einen für die Krienser Politik hingeworfenen Knochen handle. Schliesslich handle es sich bei dieser Erklärung um den kleinstmöglichen Konsens zwischen den Vertragsparteien. Das ASTRA formulierte folgende Absicht: «Das ASTRA unterstützt eine Überdeckung bzw. eine Einhausung nur, soweit sie technisch machbar und finanzierbar ist ...». Technisch machbar und finanzierbar, das seien die Kriterien an dem alles scheitern könnte. Mit einer vollständigen Einhausung des 1,2 Kilometer langen Autobahnstücks auf Krienser Boden werde der Sonnenbergtunnel zwischen Luzern und Horw fast 6 km lang. Vergleichbar wie das Vorbild-Projekt in Zürich-Schwamendingen, in welchem ein bestehender Tunnel ebenfalls um 1,7 km verlängert wird. Problematisch und technisch aufwendig sei dabei vor allem die Lüftung des neuen Tunnels. Irgendwo müssen die Abgase aus dem Tunnel herausgeblasen werden, was nicht mitten in Kriens geschehen kann. Deshalb sei es wichtig, dass der Stadtrat die Einsprache so lange stehen lässt, bis das Resultat eine vollständige Einhausung ist. Das stellt das absolute Minimum an Gegenleistung dar, wenn den Krienserinnen und Krienser mit dem Bypass ein für Kriens nutzloses Autobahn-Projekt mitten in die Stadt gestellt wird. Deshalb sei es auch wichtig, dass sich die KBVU zum Bemerkungsantrag, «Der Stadtrat wird beauftragt, dass falls der Bypass nicht realisiert wird, die Erkenntnisse aus der Testplanung auch für eine Überdachung des bestehenden Autobahnabschnitts genutzt und gefordert werden», durchringen konnte und somit eine teilweise Entkopplung der Projekte Einhausung und Bypass erzielt wurde. Noch wichtiger sei, dass nicht nur der Einwohnerrat geschlossen und einstimmig auf diesen Kredit eintritt, sondern auch die Stadträtin zusammen mit allen vier Stadträten geschlossen zusammen nach aussen auftreten und für die Überdachung einstehen. Schliesslich muss der Stadtrat auch gegenüber den Krienserinnen und Krienser erklären, warum er schon wieder eine Testplanung umsetzen will und dafür ein Kostendach von Fr. 335'000.00 beim Einwohnerrat abhole. Es muss allen klar sein, dass die Krienser Politik geschlossen dafür eintritt, dass der Stadtrat auf Augenhöhe um die vollständige Überdachung kämpfen kann, wenn Kriens sich schon nicht mehr gegen den Bypass als solches zur Wehr setzen kann. Die SP-Fraktion sei bereit für das Eintreten und die Genehmigung des Antrags, das gilt ebenfalls für den Bemerkungsantrag der Die Junge Mitte.

Als Co-Präsidentin des Komitee BypassPLUS erlaubt sich Michèle Albrecht auch ein paar Worte an die versammelte Runde der Auftraggeber zu richten. Sie zitiert aus der Vision Chance Bypass: «Der Krienser Einwohnerrat hat dem Stadtrat den Auftrag erteilt, sich für weitere Projektverbesserungen des Bypasses stark zu machen. Über alle Parteigrenzen hinweg hat das Stadtparlament beschlossen, Ressourcen bereit zu stellen, um diese Projektverbesserungen konkret an die Hand zu nehmen.» Sie merkt an, dass der Stadtrat den Auftrag des Einwohnerrates ernst genommen hat und konnte in einem ersten wichtigen Schritt, die Absichtserklärung für das gemeinsame Vorgehen bzw. die Testplanung bewirken. Jetzt liege es am Einwohnerrat die finanzielle Konsequenz auch zu unterstützen und den Beitrag als gleichberechtigter Akteur mitzufinanzieren. Sie bittet den Rat, jetzt erst recht diese Geschlossenheit heute und weiterhin überparteilich, konsequent und einstimmig zu demonstrieren. Es gehe hierbei nicht um die Grundsatzfrage, ob für oder gegen den Bau des Bypasses; sondern um die einmalige Chance mit dem Sonderkredit die Verhandlungsposition zu stärken um im Dialog zu prüfen, ob und wie eine alte städtebauliche Wunde zu schliessen ist. Jetzt sollte man nicht Einknicken, sondern weiterhin für Vision Chance Bypass einstehen und die ergebnisoffene Testplanung auch finanziell möglich machen. Für eine möglichst komplette Überdachung und eine attraktive Region.

Mit der Ausgabenbewilligung des Sonderkredits sei Beat Tanner einverstanden und stehe auch völlig dahinter. Mühe habe er jedoch mit dem beantragten Nachtragskredit bzw. der Finanzierung. Er sei

auch enttäuscht von der Qualität des B+A's. Das Finanzhaushaltsgesetz des Kantons Luzerns sagt, dass ein Nachtragskredit nur zulässig sei, wenn eine Kompensation unmöglich oder nicht verhältnismässig sei. Im B+A habe er nichts gefunden dazu, in welchem man etwas darüber sagt. Man sei nicht bereit zu schauen, ob man einen Teil kompensieren kann. Er findet es schade, dass man immer, wenn man etwas Zusätzliches macht, man immer direkt die Ausgabenbewilligung und den zusätzlichen Nachtragskredit abholt. Es sei auch schwierig, wenn man den Nachtragskredit beschliesse und nicht einmal weiss welches Globalbudget es betrifft. Er erwartet in Zukunft, dass die Qualität der Geschäfte besser wird. Zudem stelle er den Antrag, dass bei dem Beschluss über beide Beschlüsse separat abgestimmt wird. Zum einen über den Sonderkredit über die Ausgabenbewilligung, dass man dies so machen darf. Und zur Finanzierung, ob dies ein Nachtragskredit gibt oder man es über die Globalbudgets finanzieren muss.

Peter Stofer merkt an, dass eine Festredestimmung aufkommt. Die Einhausung sei absolut wichtig, richtig und müsse gemacht werden. Zudem müsse das Maximum für Kriens rausgeholt werden. Wenn er diese Absichtserklärung anschau, dann greife die ihm zu kurz. Es sei zu beachten, dass mit diesem Bypass eine massive Investition getätigt wird, welche auch verkehrliche Auswirkungen für Kriens und die gesamte Region haben wird. Leider seien diese Auswirkungen eher negativ. Man müsse mit einem veritablen Verkehrsschub auch hier in Kriens rechnen. Und dies entgegen der Ziele der Regierung im ÖV-Bericht. Darin werde der MiV-Anteil weiter steigen und der ÖV-Anteil weiter sinken. Dies führe dazu, dass Kriens noch mehr im Verkehr stecken bleiben wird. Diese Testplanung müsse konkrete Lösungen aufzeigen, wie Kriens auch in Zukunft erreichbar bleibt. Die durchgehende Busspur muss im Rahmen dieser Testplanung wieder auf das Tapet kommen und wiederaufgenommen werden. Dies sei eines seiner Anliegen. Das zweite wäre der Baustellenverkehr. Laut Planungen vom ASTRA verursacht dieser Tunnelausbruch etwa 4 ½ Millionen Tonnen Material. Dieses Material muss mit den Lastwagen weggefahren werden. Dies verursache ca. 360'00 LKW-Fahrten über die 12 Jahre. Wenn man dies umrechne, dann seien dies das doppelte an Fahrten und dies jeden Tag. Es sei nun wichtig, dass man im Rahmen dieser Testplanung auch aufzeigt, wie der Baustellenverkehr ortsverträglich abgewickelt werden kann. Es könne nicht sein, dass diese Lastwagen über das Zentrum oder die neue Rengloch Verkehrsverbindung abgewickelt werden. Für Kriens mache dieser Planungskredit nur Sinn, wenn der Stadtrat kompromisslos für diese Überdeckung einsteht. Dies reiche jedoch nicht. Es benötige flankierende Massnahmen. Einerseits müsse man schauen, dass Kriens weiterhin erreichbar bleibt und andererseits braucht es die durchgehende Busspur in die Stadt und Richtung Ebikon. Zudem braucht man ein klares Konzept, wie man den Baustellenverkehr in den 12 Jahren abwickelt. Für Peter Stofer sei dem Rahmenkredit dann zustimmbar, wenn er auch vom Stadtrat merke, dass diese drei Ziele beharrlich gefordert werden. Aus diesem Grund habe die Grüne/glp-Fraktion auch einen Antrag eingereicht. Zum Schluss bittet er den Einwohnerrat, nicht mehr von einer Stadtreparatur zu sprechen. Man diskutiere über eine 1,3 Kilometer langen Betonkanal, welcher Kriens insgesamt acht Hektare Siedlungsraum kostet.

Gemäss Bettina Gomer-Beacco sagte es der Weltklimarat der Vereinten Nationen Ende Februar klipp und klar: *«Der Klimawandel bedroht das Wohl der Menschheit und die Gesundheit des Planeten. Jegliche Verzögerung eines gemeinsamen, globalen Handelns könnte dafür sorgen, dass das Zeitfenster, innerhalb dessen eine lebenswerte Zukunft bewahrt werden kann, sich schließt.»* Globales Handeln – so viel sie weiss, sei Kriens immer noch ein Teil dieses Globus. Weiter steht da: *«Es komme bereits zu gefährlichen Veränderungen der Natur und Milliarden Menschen litten immer stärker darunter.»* Diese Nachricht ging unter wegen anderen weltbewegenden Dummheiten der Menschheit. Bettina Gomer-Beacco frage sich manchmal, ob die Menschheit noch zu retten sei. Also steht der Einwohnerrat nun hier und spricht über diesen Bypass und seine wirklich nötige Überdeckung, wenn er dann gebaut wird. Und das werde er wahrscheinlich, weil das übermächtige ASTRA das so will. Entgegen jeglicher Vernunft, entgegen jeglicher zu erreichenden Klimaziele. Und gerade im Kanton Luzern sei der Verkehr ein grosser Verursacher von CO₂. Also stehe sie nun hier und wird praktisch erpresst, «ja» zu

diesem «Deal» zu stimmen, um überhaupt noch etwas entgegen zu setzen. Sie merkt an, dass sie dabei einen Stein im Bauch habe und nicht weiss, ob sich das hier jemand vorstellen kann. Sie fühlt sich, als beginge sie einen Verrat an all ihre Werte. Es soll nicht gesagt werden, dass Kriens sowieso zu klein sei um etwas zu verändern, Diese Idee kann so nicht stimmen. Jeder hat seinen Teil zu dieser Gesellschaft beizutragen. Jeder habe seine Steuern zu zahlen und seien sie noch so klein. Niemand würde auf die Idee kommen, keine einzufordern, da es ja sowieso so wenig ist. Nein, weil eben jeder seinen Teil dazu beitragen soll. Wenn sie nun mit diesem Stein im Bauch und einem engen Herz den JA-Knopf drückt, dann erwartet sie bei den nächsten Fragen zu Klimaunterstützenden Massnahmen in Kriens auch eine solche gemeinsame Entschlossenheit, wie der Einwohnerrat diese von ihr fordert.

Michael Portmann stellt fest, dass die FDP-Fraktion eine Kompensation des Kredites fordert. Sie seien der Meinung, dass man wirklich wissen müsse, ob dies ein Nachtragkredit ist. Das Kostenziel oder das Globalbudget solle neu zusätzlich belastet werden. Als Kompensation werde die Quartierentwicklung vorgeschlagen. Eine Autobahn, welche im Besitz des Bundes ist, soll den Bedürfnissen der Quartiere in Kriens gegenübergestellt werden. Diese Gegenüberstellung finde er falsch. Der Stadtrat habe im Budget 2022 mehrfach betont, dass eine untere Grenze erreicht wurde. Das Globalbudget sei sehr tief oder zu tief angesetzt. Dies reiche ihm als Begründung für den Nachtragskredit. Für ihn heisse Geschlossenheit auch, dass die Finanzplanung des Stadtrates so akzeptiert werden. Er bittet die Absicht des Projekts ins Zentrum zu stellen und nicht an der Finanzierung zu schrauben.

Als erstes dankt Christine Kaufmann-Wolf für die meist sehr wohlwollenden Rückmeldungen. Sie möchte trotzdem gerne ein wenig ausholen, wie man zu dem Punkt gelangte, an welchem man jetzt stehe. Die Umsetzung des Bypasses beschäftigt den Einwohnerrat seit 2013. 2013 hatte man im Einwohnerrat eine emotionale Sitzung. Damals habe man gesagt, dass sich Kriens nun wehren muss. Es musste sogar einen Sitzungsunterbruch gemacht werden, dass man die Geschlossenheit in alle Parteien hinbekam. Danach wurde überparteilich von einigen Einwohnerräten das Komitee «So nicht!» gegründet. Mit diesem Bypass-Komitee konnte man eine grosse Geschlossenheit erzielen und ein starkes Zeichen nach aussen setzen. Von aussen habe man dies sehr wahrgenommen und Kriens auch beneidet, dass man dies geschafft habe. Im Einwohnerrat wurden bis anhin über neun Vorstösse eingereicht, welche den Stadtrat beauftragt haben, dass man das Optimum für Kriens rausholen muss. In den letzten Jahren wurden sehr grosse Summen und auch Mitarbeiterressourcen eingesetzt. Das Komitee-Bypass habe einen grossen Widerstand machen können und seien bis nach Bern gegangen. Als man gemerkt habe, dass man ein wenig auf Granit beisse, habe der vorherige Stadtpräsident das Komitee «Chance Bypass» ins Leben gerufen. Das Projekt habe man visuell gestalten und anschliessend die Rückmeldung erhalten, dass man in Kriens ein wenig fantasiiere. Als man merkte, dass man dort auch nicht weiterkam, hat plötzlich der Kanton gemerkt, dass er mit Kriens sprechen muss und versuchen mit Kriens zusammen eine Brücke zum ASTRA zuschlagen. Kriens sei natürlich sehr froh, dass der Kanton es nun erkannt hat und angefangen zu vermitteln. Die Stadt Kriens wurde vom Kanton eingeladen, um miteinander zu verhandeln und zu klären was Kriens und der Kanton möchten. Diese seien sehr zähe Verhandlungen gewesen, da der Kanton ganz klar den Bypass will. So rutschte Kriens in die Stellung als kleiner Zwerg gegen die beiden Grossen. Mit zähen Verhandlungen habe man erreicht, dass man mit dem Kanton zusammen zum ASTRA konnte. Auch dort hatte man zähe Verhandlungen. Das Dossier bzw. die Absichtserklärung wurde immer wieder umhergesendet. Schlussendlich konnte man diese Absichtserklärung erreichen. Es zeige, dass alle drei Parteien für eine konstruktive und lösungsorientierte Zusammenarbeit zusammenstehen möchten. Generell könne auch gesagt werden, dass die Stadt Kriens sehr gut verhandelt hat und die wichtigsten krienser Anliegen in die Absichtserklärung aufgenommen wurden. Das ASTRA, wie auch der Kanton Luzern, unterstützen die spezifischen Zielsetzungen von Kriens im Grundsatz. Es sei ein grosses Eingeständnis von Seite des ASTRA und dem Kanton, dass man diesen Meilenstein hat und nun weiterplanen kann. Der Grundsatz des Bypasses muss im Einwohnerrat nicht diskutiert werden. Es gehe nicht um Bypass «Ja» oder Bypass «Nein». Es geht um den bestmöglichen Schutz der Krienser Bevölkerung. Dies müsse heute ausgelöst werden. So wie sie es verstanden hat, werde es von allen Parteien unterstützt. Es sei sehr

wichtig, dass man diese Geschlossenheit zeigen kann. Denn wenn diese Testplanung abgeschlossen sei, dann wird es ein Preisetikett geben. Danach sei Kriens sehr beobachtet und es werde geschaut, ob Kriens diese Geschlossenheit hat. Dieses Preisetikett wird auch nochmals zu diskutieren geben. Deshalb sei es wichtig dieses Zeichen nach aussen zu setzen. Christine Kaufmann-Wolf würde noch gerne auf die einzelnen Fragen eingehen. Sie stellt fest, dass das Gewerbe angesprochen wurde. Selbstverständlich wird man die anreihenden Gewerbler oder Besitzer, welche dort betroffen sind, zu einer Informationsveranstaltung einladen. Bis anhin habe man dies noch nicht gemacht, da man den Entscheid vom Einwohnerrat abwarten wollte. Die Schreiben seien alle bereit und der Termin bereits reserviert. Die Einsprache von Kriens bleibt im Moment noch eingereicht und wird wie ein Pfand zur Sicherheit behalten. Das mit dem Sonderkredit kann so gemacht werden und wurde auch mit dem Finanzvorsteher so besprochen. Die Anregung, dass man dies kompensieren könnte, sei nicht möglich. Michael Portmann hat bereits angesprochen, dass man in den Präsidialdiensten ein so kleines Budget hat, dass es mehr als 50 % beanspruchen würde. Dafür müsste sie zwei oder drei Personen entlassen. Wenn man nur einen Teil kompensieren müssten, dann könnte die Präsidialdienste nicht mehr ihre Arbeit machen. Von der Grünen/glp-Fraktion wurde noch der Verkehr angesprochen. Dies wird eine Diskussion auch in der Testplanung sein. Sie geht schwer davon aus, dass der Kanton daran interessiert ist, dass man Kriens erreichen kann und die Obergrundstrasse nicht einfach im Verkehrskollaps verkauft. Der Stadtrat wird sich selbstverständlich auch dafür einsetzen. Der Stadtrat geht ergebnisoffen in diese Verhandlungen, möchte jedoch das Optimum rausholen. Zur Volleinhausung kommen drei verschiedene Grundinteressen hinzu. Das ASTRA, welches sagt, dass es technisch Machbar und finanzierbar sein muss, der Kanton, welcher den Bypass will, und die Betriebskosten müssen schlussendlich auch noch bezahlt sein. Peter Stofer hat erwähnt, wie viele Lastwagenfahrten es für den Aushub benötigt. Airolo überdeckt die Autobahn nun mit dem Aushub der zweiten Röhre. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, welche angeschaut werden müssen. Sie merkt an, dass die Busspur ein Zuckerli für die Spange Nord war. Die Spange Nord war ein Projekt vom Kanton, welches an den Bypass angehängt worden wäre. Dieses Projekt wurde jedoch versenkt. Man muss nun schauen wie oder was mit dieser Busspur gemacht wird. Sie ist zuversichtlich, dass man in der heutigen Zeit den ÖV nicht blockieren möchte.

Anita Burkhardt-Künzler stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Seite 7 – Finanzierung

Beat Rüegg merkt an, dass in der Mitte Fr. 330'000.00 steht und im B+A maximal Fr. 335'000.00 steht. Er fragt, welcher Betrag korrekt sei.

Christine Kaufmann-Wolf stellt fest, dass das ganze Projekt zwischen 0.5 und einer Million Franken geschätzt werde. Der Betrag werde durch dreigeteilt. Das Kostendach liege bei Fr. 330'000.00, da man jedoch eine Million hat, rechnet man mit Fr. 335'000.00. Sie bestätigt, dass es zwei verschiedene Beträge sind.

Bemerkungsantrag Die Mitte/Die Junge Mitte: Seite 7 – Zielsetzung

Beda Lengwiler möchte im Namen der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion folgende Bemerkung ergänzen:

«Die Stadt Kriens hat alles daran zu setzen, das Ziel der überparteilichen Forderung der vollständigen Überdeckung des offen geführten Autobahnteilstücks im Lebens- und Arbeitsraum LuzernSüd auf der Grundlage der Vision «Chance Bypass» zu erreichen.»

Beda Lengwiler merkt an, dass es wichtig sei, dass die Stadt Kriens beharrlich die komplette Überdachung fordert und sich mit geeinten Kräften für diese Variante einsetzt. Wie andere erfolgreiche Beispiele zeigen, lohnt sich hier hartnäckig zu sein. Durch den Auftrag unterstützt der Einwohnerrat den Stadtrat in seinen Bestrebungen und gibt ihm ein klares Verhandlungsmandat. Der Bemerkungsantrag soll die Verhandlungen nicht gefährden, jedoch dafür sorgen, dass sich die Stadt Kriens bei der Verhandlung geschlossen für jeden Meter Überdachung vom Generationsprojekt Bypass einsetzt.

Da nicht opponiert wird, gilt der Bemerkungsantrag als überwiesen.

Bemerkungsantrag Grüne/glp: Seite 7 – Zielsetzung

Cyrill Zosso möchte im Namen der KBVU folgende Bemerkung ergänzen:

«Der Stadtrat setzt sich dafür ein, dass im Rahmen der Testplanung neben den Fragen zur Einhausung, zusätzlich:

- Varianten zur siedlungsverträglichen Abwicklung des Baustellenverkehrs geprüft werden.
- Geprüft wird, wie Kriens trotz Bypass erreichbar bleibt. Insbesondere ist die vom Kantonsrat in Aussicht gestellte durchgehende Busspur Richtung Ebikon zu konkretisieren.»

Da nicht opponiert wird, gilt der Bemerkungsantrag als überwiesen.

Bemerkungsantrag KBVU

Matthias Erni möchte im Namen der KBVU folgende Bemerkung ergänzen:

«Der Stadtrat wird beauftragt, die Einordnung in die Investitionsrechnung zu prüfen.»

Da nicht opponiert wird, gilt der Bemerkungsantrag als überwiesen.

Bemerkungsantrag KBVU

Matthias Erni möchte im Namen der KBVU folgende Bemerkung ergänzen:

«Der Stadtrat wird beauftragt, dass falls der Bypass nicht realisiert wird, die Erkenntnisse aus der Testplanung auch für eine Überdachung des bestehenden Autobahnabschnittes genutzt und gefordert werden.»

Da nicht opponiert wird, gilt der Bemerkungsantrag als überwiesen.

Ergänzungsantrag KFG: Beschlusstext – Ziffer 2

Martin Zellweger möchte im Namen der KFG folgende Ergänzung überweisen:

«Der Nachtragskredit zur Finanzierung des gemeinsamen Vorgehens mit dem ASTRA, dem Kanton Luzern und LuzernPlus zur ganzen oder teilweisen Überdeckung Bypass im Betrag von Fr. 335'000.00 zur Erhöhung des Budgetkredits (Globalbudget 45) Investitionsrechnung 2022 wird genehmigt.»

Martin Zellweger stellt fest, dass es sich hierbei nicht um einmalige Kosten handelt, sondern um eine längerfristige Investition, welche auch über mehrere Jahre abgeschrieben werden soll. Da die Kosten wahrscheinlich auch nicht vollständig im Jahr 2022 anfallen, da das Ergebnis der Testplanung auch erst für Ende 2023 terminiert ist, wäre der Nachtragskredit als Aufwand in der Erfolgsrechnung 2022 klar zu hoch. Der Sonderkredit sei zudem ein Maximalbetrag, der möglicherweise nicht voll ausgeschöpft werde und schon gar nicht im 2022. Finanziert über die Investitionsrechnung kann der effektiv

verwendete Betrag wie gesagt über die Jahre abgeschrieben werden. Wird die Investition nicht im 2022 getätigt, so bleibt sie durch einen Übertrag wiederum zweckgebunden. Durch den Antrag zwar implizit angenommen, wird der Nachtragskredit dem Globalbudget 45 zugeordnet. Die KFG habe dies im Antrag explizit formuliert. Das sei insofern sinnvoll, da bereits bisherige Aktivitäten innerhalb dieses Budgets abgehandelt werden. Zu beachten gilt, dass ein Nachtragskredit gemäss Gesetz nur zulässig sei, wenn eine Kompensation innerhalb des bereits bewilligten Budgetkredites unmöglich ist oder unverhältnismässig wäre. Richtigerweise wäre im Antrag, wie das auch Beat Tanner erwähnt habe, eine Aussage wie beispielsweise «aus dem u. dem Grund ist keine Kompensation unmöglich» oder einen Vorschlag für die Kompensation beizufügen. Das Globalbudget 45 verfügt zurzeit über ein Investitionsbudget von Fr. 70'000.00. Theoretisch könnte man um einen Teilbetrag feilschen. Da der Sonderkredit aber ein Maximalbetrag sei, welcher möglicherweise nicht ausgeschöpft wird, erachten sie diese Diskussion eher nicht von Relevanz. Die KFG stellt den Antrag einstimmig.

Da nicht opponiert wird, gilt der Ergänzungsantrag als genehmigt.

Antrag Beat Tanner: Seite 13 - Beschlusese

Beat Tanner stellt den Antrag, einzeln über den Sonderkredit (Ausgabenbewilligung) und den Nachtragskredit (Finanzierung) abzustimmen. Wichtig sei, dass die Ausgabe bewilligt ist.

Michael Portmann beschäftigt das mit der Finanzierung des Nachtragskredits immer noch. Seine Kinder kamen schon oft zu ihm mit der Bitte, ein Buch fürs Deutsch zu kaufen. Er sage dann jeweils: «Alles klar, ist bewilligt. Du kannst das Buch mit Deinem Essengeld kaufen.» Warum ich das sage? Mein Kind wird doch gestärkt, wenn es sich zwischen Essen und Buch entscheiden muss. So wird ja auch gefördert, dass es später weiss, wie es sein Geld mit Mass ausgeben kann. Und genau so argumentiert nun hier die FDP: Geld ausgeben ja, die Finanzierung sichern Nein. Das ist ein komisches Zeichen bei einem Anliegen, welches von allen Parteien hier im Rat einstimmig getragen wird. Liebe Anwesende, überlegt Euch also gut, ob Ihr nur die Bewilligung geben wollt, aber den Nachtragskredit nicht. Wir müssen hier im Rat beides einstimmig gewähren und deshalb bin ich gegen den Antrag der FDP.

Martin Zellweger merkt an, dass sich das Beispiel von Michael Portmann ein wenig aufdränge. Mit einem Sonderkredit sage man «ja» zum Geschäft. Mit einem Nachtragskredit sage man, dass man nochmals zusätzlich Geld geben möchte oder ob das Essengeld reiche. Evtl. könne man dies an einem anderen Ort kompensieren, zum Beispiel im Bau- und Umweltdepartement mit dem Projekt Tempo 30. Diese Diskussion sei sehr wichtig und verstärke zum Beispiel auch den Sohn.

Christine Kaufmann-Wolf hofft, dass dies nur ein formeller Antrag sei. Nicht so, dass die Absichtserklärung schlussendlich nicht finanziert werde. Wenn Kriens diesen Kredit nicht haben kann, sei der Stecker ziemlich gezogen. Sie appelliert dem Einwohnerrat, dass ihm Bewusst ist um was es geht und sie zähle auf den Rat. Natürlich sei es die Entscheidung des Rats, jedoch benötige Kriens diesen Betrag, dass diese Testplanung gemacht werden kann. Wenn der Betrag nicht bewilligt werde, habe Kriens ein gewaltiges Problem.

Beat Tanner merkt an, dass er hinter allem steht. Er habe jedoch Mühe mit dem Stadtrat, wenn er nicht schaut wo man Prioritäten setzen könne. Die Stadt Luzern habe viele Nachtragskredite, welche nicht so hoch sind wie die Sonderkredite, da sie diese an einem anderen Ort kompensieren. Dies erwartet er von der Krienser Regierung auch. Er sei froh, wenn der Stadtrat in Zukunft ein solches Kapitel hineinnehme, damit man sieht, welche Überlegungen gemacht wurden. Aus seiner Sicht sei dies in dem Fall nicht gemacht worden.

Cyrill Zosso stellt fest, dass man kurz vor dem Abschluss eines extrem wichtigen Geschäfts stehe. Zudem liege ein finanztechnisches, nicht ganz ausgereiftes, Projekt vor. Ob man jetzt wieder anfangen möchte Kapriollen zu schlagen, sei für ihn fragwürdig. Er appelliert, dass nun zusammengefasst darüber abgestimmt wird. Die wichtigen Punkte von Beat Tanner sollten in Zukunft klar vom Stadtrat eingefordert werden.

Erich Tschümperlin erläutert, dass er ein wenig bei Beat Tanner sei. Ihm leuchte es ein und laut Finanzhaushaltsgesetz müsse man begründen, wieso es geht oder nicht. Dies sollte man in die zukünftigen Geschäfte aufnehmen. Nichts desto trotz sei dies eine spezielle Situation und deshalb müssen spezielle Gelder gesprochen werden.

Beat Tanner sagt, dass er den Antrag zurückzieht.

Karin Schuhmacher Bürgi liest den Beschlusstext vor:

1. *Der Sonderkredit zur Finanzierung des gemeinsamen Vorgehens mit dem ASTRA, dem Kanton Luzern und LuzernPlus zur ganzen oder teilweisen Überdeckung Bypass im Betrag von Fr. 335'000.00 wird genehmigt.*
2. *Der Nachtragskredit zur Finanzierung des gemeinsamen Vorgehens mit dem ASTRA, dem Kanton Luzern und LuzernPlus zur ganzen oder teilweisen Überdeckung Bypass im Betrag von Fr. 335'000.00 zur Erhöhung des Budgetkredits (Globalbudget 45) Investitionsrechnung 2022 wird genehmigt.*
3. *Der Beschluss zu Ziffer 1 unterliegt dem fakultativen Referendum.*
4. *Folgende Bemerkungen werden überwiesen:*
 - *Der Stadtrat wird beauftragt, die Einordnung in die Investitionsrechnung zu prüfen.*
 - *Der Stadtrat wird beauftragt, dass falls der Bypass nicht realisiert wird, die Erkenntnisse aus der Testplanung auch für eine Überdachung des bestehenden Autobahnabschnittes genutzt und gefordert werden.*
 - *Die Stadt Kriens hat alles daran zu setzen das Ziel, der überparteilichen Forderung der vollständigen Überdeckung des offen geführten Autobahnteilstücks im Lebens- und Arbeitsraum LuzernSüd auf der Grundlage der Vision «Chance Bypass» zu erreichen.*
 - *Der Stadtrat setzt sich dafür ein, dass im Rahmen der Testplanung neben den Fragen zur Einhausung, zusätzlich:*
 - *Varianten zur siedlungsverträglichen Abwicklung des Baustellenverkehrs geprüft werden.*
 - *geprüft wird, wie Kriens trotz Bypass erreichbar bleibt. Insbesondere ist die vom Kantonsrat in Aussicht gestellte durchgehende Busspur Richtung Ebikon zu konkretisieren.*
5. *Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.*

Abstimmung über den Beschlusstext Bericht und Antrag Nr. 094/22:Der Beschlusstext wird mit 26:0 Stimmen genehmigt.

Akermann Michèle	Ja
Albrecht Michèle	Ja
Bienz Viktor	Ja
Durrer Ivo	Ja
Erni Matthias	Ja
Felber Reto	Ja
Fluder Hans	Ja
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Hunziker Manuel	Ja
Kobi Tomas	Ja
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Ja
Lisibach Armin	Ja
Marco Meier	Ja
Meyer Pascal	Ja
Portmann Michael	Ja
Rüegg Beat	Ja
Seeger Cedric	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Ja
Tschümperlin Erich	Ja
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Ja

8a. Dringliche Interpellation Lengwiler: Flüchtlinge aus der Ukraine – Handlungsmöglichkeiten der Stadt Kriens **Nr. 104/22**

Die Beantwortung erfolgt mündlich.

1. Welche verfügbaren Kapazitäten hat es im Kantonalen Asylzentrum Grosshof? Welche weiteren Möglichkeiten hat die Stadt Kriens selbst, um allenfalls weitere Flüchtlinge in gemeindeeigenen Gebäuden aufzunehmen?

Das Asylzentrum Grosshof ist gemäss Auskunft der Dienststelle für Asyl und Flüchtlinge des Kantons Luzern aktuell hoch belegt. Stand 15. März 2022 sind von 120 Plätzen 93 belegt. Am 25. März 2022 werden zusätzlich 11 Personen aus dem Syrien / Afghanistan Kontingent eintreten. Die restlichen 16 Plätze sind als «Jugend-Kontingent» reserviert und müssen als solche auch behalten werden, da sich sonst die Frage stellen würde, wohin Flüchtlinge aus anderen Ländern zugewiesen werden, falls die Plätze mit Flüchtlingen aus der Ukraine besetzt würden. Es gibt somit im Grosshof, der als Familien- und Jugendzentrum dient, keine verfügbaren Kapazitäten. Die Stadt Kriens selber hat kurzfristig keine Möglichkeiten weitere Flüchtlinge in gemeindeeigenen Gebäuden aufzunehmen, denn bei den gemeindeeigenen Immobilien ist kein Leerstand von Wohnungen vorhanden. Dies ist auch selten der Fall, da es sich in den meisten Fällen um langjährige Mietverhältnisse handelt. Lediglich das Wohnhaus Stalden, welches im Gesamteigentum der Stadt Luzern und der Stadt Kriens befindet, ist zurzeit nicht bewohnt. Es handelt es sich um ein sehr altes Gebäude mit einfachster Infrastruktur. Aktuell läuft eine Projektentwicklung, was mit dem Haus in Zukunft geschehen soll. Das Gebäude eignet sich nicht zur Unterbringung von Flüchtlingen.

Die Unterbringung von Flüchtlingen aus der Ukraine ist Sache der Kantone. Der Kanton Luzern fährt im Moment die Strukturen für die Unterbringung der ukrainischen Flüchtlinge hoch (Beispiel temporäre Asylunterkunft im St. Urban ab Mitte März 2022, vorläufig befristet auf ein Jahr). Dabei arbeitet die Dienststelle Asyl und Flüchtlinge eng mit den Gemeinden zusammen. Die Gemeinde Kriens engagiert sich als Standortgemeinde des Asylzentrums Grosshof seit Jahren stark in der Flüchtlingsthematik. Es leben bereits heute viele Personen mit Status «Flüchtling» oder «Vorläufig Aufgenommene» in Kriens. Die Möglichkeit und Machbarkeit der Unterbringung von Flüchtlingen in Kriens wird in regelmässigen Abständen geprüft. Es wird dabei der mögliche Wohnraum, der aktuelle Bedarf der Flüchtlinge, aber auch die Tatsache, dass diese Menschen längerfristig in einer Gemeinde verbleiben und die daraus resultierenden Konsequenzen wie Integrationsbedarf, Einschulung der Kinder, soziales Zusammenleben u.a. einbezogen. Die Unterbringung von Flüchtlingen, ungeachtet deren Herkunft, darf nicht kurzfristig gedacht erfolgen, da anzunehmen ist, dass sie mindestens einige Monate in der Schweiz verbleiben werden.

2. Mit welchen Massnahmen kann die Stadt Kriens zur Integration und Betreuung der Flüchtlinge beitragen?

Die Stadt Kriens unterstützt zusammen mit den katholischen und reformierten Kirchen, seit Jahren den Betrieb der erfolgreichen Info- und Anlaufstelle «Kriens integriert» (www.kriensintegriert.net). Diese Anlaufstelle betreut und berät im Auftrag der Stadt Kriens und der katholischen und reformierten Landeskirchen Migrantinnen und Migranten ungeachtet deren Herkunft. Die Anlaufstelle wird durch die Stadt Kriens mittels Leistungsvereinbarung mit jährlich Fr. 86'000.00 finanziert, die Kirchen leisten weitere substantielle finanzielle Beiträge. Der Verein Migration - Kriens integriert sowie weitere private Projekte, welche in Kriens seit Jahren die Integration von Flüchtlingsmigrantinnen und -migranten fördern, werden voraussichtlich im laufenden Jahr eine wichtige Rolle spielen, um die ukrainischen Flüchtlinge in Kriens zu betreuen. Schulpflichtige Kinder sollen voraussichtlich in die Regelschule aufgenommen werden. Die Krienser Volksschulen sind diesbezüglich gut aufgestellt mit dem Projekt DaZ, Deutsch als Zweitsprache, und verfügen über langjährige Erfahrung in der Integration von Flüchtlingskindern in Regelklassen.

Die Situation in der Ukraine spitzt sich aktuell sehr schnell zu und gemäss Bund ist mit grossen Flüchtlingsströmen auch in die Schweiz zu rechnen. Bei der Aufnahme von ukrainischen Flüchtlingen geht es vorerst um eine orientierte Schutzaufnahme und die Existenzsicherung mittels Bewilligung des Aufenthaltstatus S. Die Zuständigkeit und Finanzierung liegt beim Bund und bei den Kantonen. Der Status S sieht grundsätzlich keine Finanzierung von Integrationsmassnahmen vor, sondern der Bund zahlt den Kantonen eine Aufnahmepauschale, die einzig die Unterbringung, einen bescheidenen Lebensunterhalt und die Krankenversicherung deckt.

3. Wie wird die Stadt Kriens mit den Pfarreien, geeigneten Vereinen und weiteren sozialen Institutionen die Betreuung der Flüchtlinge koordinieren?

Das Sozialdepartement der Stadt Kriens koordiniert aktuell eine Sitzung mit der katholischen und der reformierten Kirche, dem Verein Migration - Kriens integriert und weiteren involvierten privaten Vereinen (wie zum Beispiel Verein Hope, «Kriens hilft Menschen in Not», u.a.), um das Thema aufzugleisen und die Möglichkeiten von geeigneten Betreuungsformen zu überprüfen. Ob und wie weit zum Beispiel der Einsatz von Freiwilligen oder eine vermittelnde Tätigkeit Sinn macht, wird ermittelt. Die Schaffung allfälliger Tagesstrukturen und einer sinnvollen Beschäftigung wird geprüft. Für die Stadt Kriens ist es dabei wichtig, die Integration der bereits in Kriens lebenden Flüchtlinge nicht zu vernachlässigen, falls in den nächsten Wochen sehr viele ukrainischen Flüchtlinge in der Gemeinde Kriens ankommen. Zudem bringen der Sozialvorsteher bzw. die Abteilungsleiterin Sozial-, Gesundheits- und Gesellschaftsdienste an den Sitzungen der Begleitgruppe des Asylzentrums Grosshof die Interessen der Stadt Kriens ein. Die nächste Sitzung findet am 6. April 2022 statt.

In der Stadt Kriens ist verwaltungsintern die Abteilung Sozial-, Gesundheits- und Gesellschaftsdienste zuständig für die Asylthemen, weitere involvierte Stellen sind nach heutigem Kenntnisstand die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde beim Thema unbegleiteten Minderjährige, das Rektorat, wenn es um die Einschulung von Kindern geht, die Einwohnerkontrolle sowie das Ressort Kind, Jugend, Familie. Auch hier werden die Aktivitäten durch das Sozialdepartement koordiniert.

4. Inwiefern macht ein Aufruf der Stadt an Private, Flüchtlinge bei sich unterzubringen, Sinn?

Personen aus der Ukraine, die in der Schweiz Verwandte oder Bekannte haben, leben teilweise schon bei Privatpersonen. Es ist zu erwarten, dass auf diese Weise noch mehrere Personen nach Kriens kommen. Sollte der Kanton Luzern weiteren Bedarf an Plätzen haben, wird er sich mit den Gemeinden in Verbindung setzen, um geeignete Lösungen zu suchen. Wer im Kanton Luzern private Unterbringungsmöglichkeiten oder Mietobjekte anbieten will, kann sich zudem an die zentrale Anlaufstelle (Info-line): Telefon 041 228 73 73 (Montag bis Freitag 08:00 bis 17:00 Uhr) und info.ukraine@lu.ch wenden. So wird sichergestellt, dass die Unterbringung koordiniert stattfindet. Die Stadt Kriens kann keine eigene solche Koordinationsstelle anbieten und erachtet dies auch nicht als sinnvoll, weil die Unterbringung der Flüchtlinge bereits über den Kanton Luzern gesichert wird.

Es ist wichtig, dass sich die Personen beim Bund für eine «Kurzregistrierung» melden und den Schutzstatus S erhalten. Die Personen mit Schutzstatus S müssen nicht im Bundesasylzentrum (BAZ) bleiben, falls eine Privatunterkunft anderweitig organisiert werden kann. Die Zuteilung über die verschiedenen Instanzen Bund – Kanton – Gemeinde soll dennoch aufrechterhalten werden, damit eine koordinierte Unterbringung möglich ist und die betroffenen Personen fachkompetent über ihre Rechte und Pflichten informiert werden können.

Personen mit Schutzstatus S werden zum Beispiel vom Bund in eine Kollektive Krankenversicherung eingeschlossen – sollten Privatpersonen Flüchtlinge aus der Ukraine aufnehmen und diese bei sich ohne Schutzstatus S unterbringen, würde eine solche Versicherung fehlen und die Kosten bei einer allfälligen Krankheit würden über die Nothilfe der Gemeinde laufen. Unter Schutzstatus S haben Kinder von Flüchtlingen und unbegleitete Minderjährige auch das Recht und die Pflicht die Schule zu besuchen.

5. Wie viele ukrainische Staatsangehörige leben in der Stadt Kriens? Wie kann die Stadt Kriens diese bei der Unterbringung von Verwandten und Bekannten, die aus der Ukraine flüchten, unterstützen?

Es leben, Stand 14. März 2022, 68 ukrainische Staatsangehörige in der Stadt Kriens, davon 11 Personen, welche wegen des aktuellen Krieges in der Ukraine in die Schweiz geflüchtet sind. Es ist geplant, die Bevölkerung jeweils zeitnah über die aktuelle Situation zu informieren, dies immer mindestens dann, wenn der Kanton Luzern entsprechende Medienmitteilungen veröffentlicht.

6. Inwieweit kann die Stadt Kriens in Kriens wohnhafte ukrainische Staatsangehörige bzw. ukrainisch bzw. russisch sprechende Personen für die Betreuung der Flüchtlinge beiziehen?

Der Einsatz von Freiwilligen und der Beizug von ukrainischen Staatsangehörigen wird aktuell geprüft. Siehe Antwort zu Frage Nr. 3.

Da diese Beantwortung eine gute Woche alt sei, möchte Cla Büchi dem Einwohnerrat mitteilen, was seither geschehen ist. Der Kanton Luzern habe eine weitere soziale Anlaufstelle an der Baselstrasse in Betrieb genommen. Gestern seien 114 Personen mit Status S vom Bund an den Kanton zugewiesen worden. Der Kanton Luzern rechnet mit 100 bis 150 Personen, welche bei Privaten untergekommen sind. Bis Ende Mai rechnet der Kanton mit ca. 2'500 Personen, welche vom Bund zugewiesen werden. Zurzeit seien 19 Flüchtlinge, davon sieben Erwachsene und elf Kinder, in Kriens. Auf der Website von Kriens, sei neu ein Link aufgeschaltet, von welchem Informationen zum Ukrainekrieg zu entnehmen sind. Weiter wurden gemeindeeigene Liegenschaften geprüft, ob diese für die Aufnahme von Flüchtlingen geeignet wären. Es wurde Kontakt

mit den Verantwortlichen der Zwischennutzung des Bellareals aufgenommen. Auch dort sei es nicht möglich, da dies Büroräumlichkeiten seien. Zudem sei man an der Erarbeitung eines Organisationspapiers, welches die Schnittstellen der Stadtverwaltung und die Zuständigkeiten aufzeigen sollte.

Anita Burkhardt-Künzler fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden sei oder die Diskussion wünscht.

Beda Lengwiler wünscht keine Diskussion.

Gemäss Erich Tschümperlin dankt die Grüne/glp-Fraktion Beda Lengwiler für diesen Vorstoss. In diesen besonderen Zeiten könne auch der Einwohnerrat nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. In der Luzerner Zeitung habe er kürzlich folgendes zum Thema gelesen: «Der Stadtrat von Luzern ruft zur öffentlichen Anteilnahme auf, weshalb er Friedenskundgebungen, Benefizkonzerte und weitere solidarische Aktionen explizit begrüsst.» Der Stadtrat von Kriens habe bis jetzt in einem Newsletter auf die Angebote des Kantons hingewiesen. Zeichen der Solidarität seien in Zeiten der Ohnmacht besonders wichtig. Und dieser äusserst brutale Krieg müsse auf allen politischen Ebenen verurteilt werden. Solche Aggressionen können nicht stillschweigend hingenommen werden. Er fragt, was die Stadt Kriens mache oder sie bereits gemacht habe. Hat sie Unterstützung oder Geld gesprochen? Hat sie Farbe bekannt und eine ukrainische Flagge aufgehängt, wie die Stadt Luzern? Oder das Stadthaus mit den ukrainischen Nationalfarben beleuchtet, wie z. B. die Kirchen es machen? Hat sie einen Aufruf zur öffentlichen Anteilnahme gemacht?

Beda Lengwiler dankt dem Stadtrat für die ausführliche Antwort. Es habe ihn gefreut, solch aktuelle Informationen erhalten zu haben. Der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion sei Bewusst, dass auf kommunaler Ebene wenig gemacht werden kann. Trotzdem sei es wichtig, das zu machen, was man machen kann. Er ist der Meinung, dass der Stadtrat dies gut mache. Die Integration erachten sie als sehr wichtiges Thema, obwohl es nur ein Schutzstatus S sei. Er ist sich sicher, dass man auch mit Vereinen gut zusammenarbeiten könne. Auch sei es wichtig, dass andere Flüchtlinge vernachlässigt werden.

Cla Büchi erläutert, dass der Stadtrat gespendet habe, jedoch keine Flagge gehieft oder keinen Aufruf ausgesprochen hat. Er sagt, dass die Verwaltung gefordert sei, da der Krieg noch nicht sehr lange ausgebrochen ist. Zudem merkt er an, dass Kriens seine Ressourcen hätte, mit welchen gearbeitet werden muss. Die Spende, welche gemacht wurde, wurde aus dem Hilfsfonds genommen. Er gibt Beda Lengwiler recht, dass man mehr machen könnte.

9. Motion Gomer: Griffige Massnahmen zum Umgang mit Lärm im öffentlichen Raum

Nr. 088/22

Gemäss Anita Burkhardt-Künzler ist der Stadtrat gegen die Überweisung dieser Motion. Sie fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Bettina Gomer-Beacco dankt dem Stadtrat für die Antwort auf ihr Begehren. Natürlich sei sie nicht ganz einverstanden mit der Antwort. In der Beantwortung werde sehr gut aufgezeigt, was es alles zu beachten gilt, bei der Revision des Bau- und Zonenreglements. Es werde eine Auswahl aufgezählt und sie sei auch der Meinung, dass diese Arbeit bereits enorm ist. Die Mitarbeitenden bei der Verwaltung

seien immer stark gefordert. Nur scheint es ihr, dass Kriens statt die Ressourcen der Arbeit anzupassen eher die Arbeiten den Ressourcen angepasst werden. Dies könne man schon so machen, sei dann aber schade. Eine wie in der Motion geforderte Erhebung «Der Klangqualität der Krienser Plätze» mit einem darauf abgestimmten, auszuarbeitenden Massnahmenkatalog konkurrenziert – aus Sicht des Stadtrats – stärker gewichtete Zielsetzungen. Sozialraum, Freiraum, Biodiversität und und und, das sei genial, nur bestehen solche Räume nicht nur auf Plänen und Fotos, sondern auch in «real» also in echt. Und da sei es dann plötzlich so, dass der Freiraum kein Sozialraum werde, weil man sich nicht versteht vor lauter Verkehrslärm und die Biodiversität zwar schön ist, die Natur darin aber nicht hörbar. Konkret komme ihr z. B. der Skaterpark an der Ringstrasse in den Sinn. Die Aufenthaltsqualität dort sei schrecklich. Mit dem aktivieren von «Noise Cancelling» in diesen kleinen «Air-pods» höre sie denn wenigstens was ihr ihre Kollegin per Sprachmitteilung gesagt habe. Sie sei der Meinung, dass es Ruhe-Inseln benötige, aber was sie eigentlich noch wichtiger findet, seien einfache Plätze im urbanen Gebiet die nicht vom Verkehrslärm erdrückt werden. An der Autobahn, Thema Bypass, sei man sich dem anscheinend sehr bewusst, Glück für den Skaterpark. Sie fragt sich, warum es so vernachlässigbar im Zentrum sei. Wie soll das Bahnhöfli leben auf den Stadtplatz bringen, wenn die Aufenthaltsqualität wegen dem Verkehrslärm stark reduziert ist. Aber das stimmt natürlich nicht ganz, bei einer Ablehnung ihrer Motion sei der Stadtrat durchaus bereit sich dem Thema in niedriger Priorität anzunehmen. Und ja, man könnte das Potential der herkömmlichen Lärmbekämpfung durchaus umsetzen. Vielleicht müsse man dazu zuerst die Lärmbelastung noch einmal messen anhand einer Planungshilfe, wie Bettina Gomer-Beacco sie in der Motion vorschlage. Es stellt sich die Frage, warum sie das mit dem Reglement nicht einfach lässt und ein Postulat daraus macht. Weil sie die Antwort ja jetzt bereits habe und ihrer Meinung nach gehöre die Forderung ins Reglement. So zu sagen, wenn nicht jetzt, wann dann? Jetzt übergibt sie das Wort ihrem Nachredner Peter Stofer, er habe dazu sicher auch noch gute Gedanken. Bei ihren Vorstössen gehe es schliesslich nicht einzig ums Überweisen, also irgendwie um gewinnen, sondern um eine wertschätzende Zusammenarbeit zwischen Parlament, Stadtrat und Verwaltung mit Gedanken- und Ideenaustausch - zum Wohle aller, darum bleibe sie bei ihrer Motion.

Peter Stofer dankt im Namen der Grünen/glp-Fraktion Bettina Gomer-Beacco für das wichtige Anliegen in dem brandaktuellen Vorstoss. Darin möchte sie eine systematische Erhebung der Klangqualität auf allen städtischen Plätze. Es sei richtig, dass der Klangraum bestimme, ob man sich wohl fühlt. Dies passiert im Unterbewusstsein. Es sei häufig so, dass man dies selten direkt erfährt und direkt artikulieren kann. Die führenden Städte haben dies erkannt und dies auch im Rahmend der Planungs- und Baugesetzgebung aufgenommen. Auch der Bund steige im Moment auf diesen Zug auf und prüfe einen Gesetzespassus zu der Akkustischen Qualität und Freiraumgestaltung ins Umweltschutzgesetz aufzunehmen. Peter Stofer stellt fest, dass der Stadtrat die Motion ablehne. Die Grüne/glp-Fraktion könne dem in weiten Strecken folgen, da der Stadtrat glaubwürdig argumentiere. Einerseits sage er, dass Kriens andere Prioritäten hat, bei welche Prozesskosten auf einen zukommen könnten. Andererseits sage der Stadtrat trotzdem, dass er dieses Thema aufnehmen möchte, aufgrund der Füllung von Thematiken, welche auch wichtig seien. Die Grüne/glp-Fraktion hätte auch einen Vorschlag wie man dies trotzdem ins Bau- und Zonenreglement aufnehmen könnte. Es sei nicht so, dass der Stadtrat alles immer selber machen muss. Gerade bei Sondernutzungspläne wäre es wichtig, dass man auf diese Thematik achtgibt und die Bauherrschaften auffordert die Klangräume aktiv zu gestalten. Insofern wäre die Fraktion absolut bereit, bei Bedarf mitzuwirken.

Michèle Akermann dankt im Namen der SVP-Fraktion dem Stadtrat für die ausführliche Begründung der Ablehnung der Motion. Die Fraktion unterstütze die Ablehnung dieser Motion aus den Gründen, welche vom Stadtrat ausgeführt werden. Auch habe der Stadtrat nicht eine generell ablehnende Haltung gegenüber dem ergreifen von Massnahmen zur Verbesserung der Klangqualität und werde dieses Anliegen mit niedriger Priorität in das Pflichtenheft der Revision des Bau- und Zonenreglements aufnehmen. Für die SVP-Fraktion wurde in nachvollziehbarer Weise dargelegt, welche anderen Themen

jedoch mit höherer Priorität behandelt werden müssen. Sie unterstützen deshalb diese Prioritätenregelung. Sehr wichtig scheine ihnen aber, dass die Arbeitsgruppen über den aktuellen fachlichen Kenntnisstand und die bereits andernorts entwickelten, einfach anwendbaren Prinzipien zur Steigerung der Klangqualität in Kenntnis gesetzt werden. Die Motion gehe aber in dem Sinne zu weit, als dass fraglich erscheint, ob eine Erhebung der Klangqualität im jetzigen Zeitpunkt überhaupt genügend aussagekräftig wäre. So habe der Stadtrat mehrere Massnahmen aufgezeigt, welche ergriffen werden und die Klangqualität positiv beeinflussen werden. Deshalb unterstützt die SVP-Fraktion wie eingangs erwähnt, die Ablehnung der Motion.

Ivo Durrer merkt an, dass er sich relativ kurzhalten könne. Die FDP-Fraktion habe die gleiche Haltung wie der Stadtrat und lehne aus diesen Gründen die Überweisung der Motion ab.

Viktor Bienz merkt an, dass die Klangqualität der Krienser Plätze ein interessantes Thema sei. Es sei nicht zu unterschätzen und über das Anliegen könne gut diskutiert werden. Doch was ist Lärm? Sind es die Baumaschinen, die Dorfchilbi, der Strassenverkehr, das OpenAir auf dem Sonnenberg, eine Guggenmusik, die Kirchenglocke, die Sirenen der Sicherheit und Rettungswesen, usw. Alles an dem man sich aufregt, sei Lärm, und trotzdem gehört es zur Kultur im Leben. Die ausführliche Begründung des Stadtrates könne die Fraktion nachvollziehen. Er anerkennt die Verbesserung der Klangqualität im öffentlichen Raum. Für sie sei der geforderte Inhalt der Motion der falsche Ansatz. Der vom Stadtrat vorgeschlagene pragmatische Weg, erachten sie als zielführend. Die Aufnahme in das Pflichtenheft der aktuellen Ortsplanungsrevision, dient der fachlichen Arbeitsgruppe zur erarbeitung der Planungs- und Gestaltungs- Prinzipien. Zudem erachtet die Fraktion die Auseinandersetzung und den Umgang mit dem Lärm als eine Daueraufgabe des Stadtrates. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion werde die Motion aus den erwähnten Gründen ablehnen.

Laut Maurus Frey war es für den Stadtrat nicht leicht, eine solche Ablehnung vorzulegen. Klangqualität bzw. Lärm sei ein wichtiges Thema. Da müsste man sich einig werden, ob man über Lärm oder Klangqualität spreche. Die Klangqualität zu fördern, sei ein Weg mit Lärm umzugehen. Dass man trotz dem Lärm der Strassen eine Aufenthaltsqualität habe. Dies soll ein Ziel der Stadtentwicklung sein. Er stellt fest, dass man nicht messen muss um festzustellen wie gross der Lärm ist. Er hat festgestellt, dass das Lärmsanierungsprojekt der Ringstrasse noch nicht aufgeschaltet ist. Dies wird so auch dem Kanton weitergegeben. Schlussendlich sei es so, dass es ein Anpassen der Aufgabenliste anhand der vorhandenen Ressourcen sei. Der Stadtrat erachtet dies nicht primär als falsch. Es sei wichtig, dass man sich mit den gängigsten und wichtigen Themen beschäftigt. Lärmschutz an der Quelle ist die Priorität, welche der Stadtrat angehen möchte. Dies sei jedoch kein Thema der Ortsplanungsrevision. Es gebe eine Nationale Gesetzgebung, bei welcher die Sanierungsfristen bereits abgelaufen seien. Aus diesem Grund sei man unter grossem Druck entsprechende Lärmschutzprojekte abzuhandeln. Was die kommunalen Strassen betrifft, werde man mit der Einführung der Tempo 30 Zone in der Zumhofstrasse und Bergstrasse die entsprechenden Lärmschutzprojekte auflegen und somit ein Teil der Aufgaben erledigen. Es sei wichtig zu wissen, dass die Bauplanung in Kriens sehr eingeschränkt sei. Beim Areal Bell ergeben sich verschiedene knifflige Aufgaben für die Planer, um die zukünftigen Bewohner vor dem Lärm zu bewahren. Wenn man das Thema Lärm nicht im Griff hat, stehe man der eigenen Entwicklung im Wege oder es bremst einen enorm aus. Daher hat dieses Thema eine gewisse Wichtigkeit.

Abstimmung über die Überweisung der Motion Gomer: Griffige Massnahmen zum Umgang mit Lärm im öffentlichen Raum (Nr. 088/22)

Die Motion wird mit 21:5 Stimmen nicht überwiesen.

Akermann Michèle	Nein
Albrecht Michèle	Nein

Bienz Viktor	Nein
Durrer Ivo	Nein
Erni Matthias	Nein
Felber Reto	Ja
Fluder Hans	Nein
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Hunziker Manuel	Nein
Kobi Tomas	Nein
Koch Patrick	Nein
Lengwiler Beda	Nein
Lisibach Armin	Nein
Marco Meier	Nein
Meyer Pascal	Nein
Portmann Michael	Ja
Rüegg Beat	Nein
Seger Cedric	Ja
Stofer Peter	Nein
Tanner Beat	Nein
Tschümperlin Erich	Nein
Vonesch Andreas	Nein
Zellweger Martin	Nein
Ziemssen Jörg	Nein
Zosso Cyrill	Nein

10. Motion Portmann: Mit ausreichend Deutschkenntnissen in den Kindergarten Nr. 089/22

Gemäss Anita Burkhardt-Künzler ist der Stadtrat für die Ablehnung dieser Motion. Sie fragt den Einwohner-
rat, ob jemand opponiert.

Michael Portmann fragt, wer verantwortlich für den Bildungserfolg der Kinder und Jugendlichen sei. Höre man, wie eine Mutter mit Migrationshintergrund diese Frage beantwortet. Diese Antwort stamme aus einem Praxis-Leitfaden für Sprachförderung in allen Schulstufen. Grundlage für alle Denkanstösse aus diesem Praxis-Leitfaden mit dem Titel «Von Eltern mit Migrationshintergrund lernen» waren 68 Interviews mit betroffenen Eltern. Hier also die Antwort der Mutter: «Mir ist sehr wichtig, dass meine Kinder bereits vor dem Kindergarten Deutsch lernen. Du kannst dein Kind nicht ohne Deutschkenntnisse in den Kindergarten schicken und erwarten, dass die Lehrerin dort mit den Fingern schnippe und dein Kind dann plötzlich Deutsch spreche. Ich verlange ja auch nicht, dass die Lehrerin meine Kinder erzieht – das müssen wir Eltern schon selbst tun. Wegen der Sprache würde ich aber auch befürworten, wenn es für Kinder, die zu Hause eine andere Sprache als Deutsch sprechen, vor dem Kindergarten ein obligatorisches Jahr in der Krippe geben würde.» Dieses Beispiel zeigt, dass es zwei Dinge benötigt, damit Kinder mit einer Fremdsprache als Muttersprache erfolgreich das schweizer Schulsystem durchlaufen können. Verantwortungsvolle Eltern und ein Angebot der Gemeinde, welches systematisch die Deutschkenntnisse zu verbessern helfe. Wichtig sei auch folgende Erkenntnis: Viele Eltern erleben es täglich selbst, wie mühsam sich ein Leben mit ungenügenden Deutschkenntnissen gestaltet und wären froh, wenn ihre Kinder diese Erfahrungen nicht machen müssten. An dieser Stelle gebührt dem Stadtrat ein grosser Dank für die ausführliche Antwort auf die vorliegende Motion. Damit werde sichtbar, welchen Stand die frühe Sprachförderung in der Stadt Kriens heute hat. Seine Darstellung erfolge in fünf Schritten. Der Auftrag des Kantons Luzern wurde 2020 formuliert. Weil die Familien- und Kulturdienste aber wegen der Integration der Jugendanimation noch im Reorganisationstrubel gefangen war, blieb die frühe Sprachförderung in der Anfangsphase stecken. Im Frühling 2022 werde eine erste flächendeckende Sprachstandserhebung durchgeführt, damit eine Datengrundlage entsteht. Der

Rücklauf der Fragebögen sei erfreulich hoch. Neben dem Bedarf an Deutschkenntnissen, müsse auch abgeklärt werden, ob und wie sich die Eltern ihre Familienarbeit teilen. Wer wegen tiefem Einkommen auf Jobsharing und deshalb auf mehrere Tage Kita angewiesen ist, brauche ein anderes Angebot der frühen Sprachförderung als Mütter, die zu Hause bleiben. Spielgruppe Papagei, Wortschatz in den Schulhäusern Feldmühle und Amlehn und «handelsübliche» Kitas bieten aktuell Gelegenheiten für die frühe Sprachförderung. «Handelsüblich» sage er deshalb, weil heute jede Kita Sprach-Erwerbsmodule anbieten muss. Die Qualität werde laufend überprüft. Auch das Betreuungsverhältnis sei mit einer Betreuungsperson pro fünf Kinder deutlich besser als im Kindergarten mit einer Betreuungsperson pro 20 Kindern. Kitas wären also für die frühe Sprachförderung bestens geeignet, wenn Sprachförderung und Jobsharing der Eltern ermöglicht werden soll. Etwas was die Spielgruppe Papagei und die Wortschatz-Angebote nicht ermöglichen können. Die Stadt Kriens müsse ein Konzept erarbeiten, in welchem alle Aspekte von Bedarf, gewünschter Wirkung, entsprechenden Angeboten und Massnahmen bis hin zur Finanzierung geklärt werden müssen. Wieder habe der Kanton Luzern die Elternbeiträge gedeckelt und dazu einen Kostenteiler wie bei den Tagesstrukturen eingerichtet. Wieder werde die Schulaufsicht die entsprechenden Angebote prüfen, bevor der Kanton Luzern seinen Teil zur Finanzierung der frühen Sprachförderung beitragen wird. Er fordere in der Motion den Stadtrat auf, «sicherzustellen, dass alle Kinder mit ausreichend Deutschkenntnissen in den Kindergarten eintreten, und aufzuzeigen, wie dazu die frühe Sprachförderung organisiert und finanziert werden könne. Diese Forderung entspreche exakt dem Plan des Stadtrats. Weil dieses Konzept bis in einem Jahr, also 12 Monaten vorliegen wird, passe auch hier die Motion perfekt. Diese müsse innert 12 Monaten beantwortet werden. Die Umwandlung in ein Postulat dagegen mache exakt wegen den Fristen keinen Sinn. Er bestätigt, dass er den Stand der frühen Sprachförderung auch mit einer Interpellation hätte erfragen können, und das wäre vielleicht effektiv der bessere Weg gewesen. Gleichzeitig biete die als Anregung formulierte Motion dem Stadtrat ebenfalls ausreichend Gelegenheit, das neue Konzept für die frühe Sprachförderung zu präsentieren. Es soll bedacht werden, dass der Bedarf an früher Sprachförderung bereits heute da ist und laufend Kinder ohne Deutschkenntnisse in den Kindergarten eintreten. Sie erfahren dort ein erstes Mal, was es heisst möglichst schnell Deutsch lernen zu müssen. Und allzu oft habe dieser Druck dann die gegenteilige Wirkung, welche sich durch die ganze Schulkarriere hindurch zieht. Der Einwohnerrat soll dem Stadtrat, den betroffenen Familien und nicht zuletzt auch den betroffenen Lehrpersonen in der Volksschule ein Zeichen geben, dass man hier im Einwohnerrat will, dass möglichst viele Kinder mit ausreichenden Deutschkenntnissen in den Kindergarten eintreten können. Schliesslich sei man auch als Einwohnerrat für den Bildungserfolg der Kinder und Jugendlichen in der Stadt Kriens verantwortlich. Besonders auch in der frühen Sprachförderung.

Manuel Hunziker merkt an, dass die Fraktion mit einer klaren Meinung an die Sitzung kam. Sie waren der Meinung, dass der Auftrag vom Stadtrat erfüllt werde und eine Lösung sichergestellt wird. Auf der anderen Seite habe Michael Portmann vorhin ausgeführt, dass es relativ knapp sei. Dies sei auch der Eindruck der Fraktion. Die Fraktion stelle sich nun die Frage, ob man in dieser Zeit auch ein qualitativ gutes Konzept erarbeiten könne und ob der Einwohnerrat dies noch sehen möchte. Mit der Motion hätte man die Möglichkeit ein wenig mehr Zeit zu geben und somit das Konzept sauber zu erarbeiten und auch dem Einwohnerrat zu zeigen. Die Grüne/glp-Fraktion sei mehrheitlich gewillt diese Motion zu unterstützen.

Beat Rüegg stellt fest, dass der Motionär den Stadtrat auffordert, sicherzustellen, dass alle Kinder mit ausreichend Deutschkenntnissen in den Kindergarten eintreten, und aufzuzeigen, wie dazu die frühe Sprachförderung organisiert und finanziert werden kann. In der Antwort des Stadtrates zum Postulat Schwarz Nr. 265/2020 werde dies bereits ausgeführt. Im selben Dokument werden auch die Konsequenzen der Gesetzesanpassung auf August 2022 behandelt. Der Stadtrat habe ausführlich dargestellt, wie er die gesetzlichen Vorgaben der sprachlichen Frühförderung umsetzen will – nämlich im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten. Die Krienser-Fragebogen-Vollerhebung bei ca. 300 Ziel-Familien mit Vor-KIGA-Kindern und einer erfolgreichen Rücklaufquote von ca. 80 % stehe kurz vor ih-

rer Resultat-Auswertung, sodass ab neuem Schuljahresbeginn 2022/23 dieses «Sprachbildungs-Projekt» wirkungsvoll realisiert werden könne. Ein Zusammenhang mit, oder zu den Betreuungsgutscheinen, sei wie der Stadtrat festhält, nicht gegeben. Die SVP-Fraktion unterstützt die Motions-Ablehnung durch den Stadtrat, da diese keinen Mehrwert bringt.

Gemäss Jörg Ziemssen bedankt sich die FDP-Fraktion beim Stadtrat und den involvierten Personen für die Beantwortung dieser Motion. Bedanken möchten sie sich auch beim Motionär für dieses wichtige Thema. Die sprachliche Frühförderung sei auch für die Liberalen ein wichtiges Thema. In den letzten zwei Jahren haben auch schon andere Einwohnerräte dazu Vorstösse eingereicht. Darunter das FDP-Postulat Schwarz «Sprachliche Frühförderung in Kriens» (Nr. 265/20). Aus ihrer Sicht sei damit bereits vieles gesagt. Die Fraktion stütze die Argumentation des Stadtrates. Die FDP, die Liberalen empfehlen diese Motion zur Ablehnung. In Kriens werde bei der sprachlichen Frühförderung bereits viel unternommen und in naher Zukunft sei eine weitere Bedarfserhebung im Gange. Die Liberalen begrüssen, wenn die sprachliche Frühförderung bei den Spielgruppen umgesetzt werde. Mit ein paar gut geführten Unterrichtsstunden sei das Ziel der sprachlichen Verbesserung noch nicht erreicht. Michael Portmann habe es bereits erwähnt. Es benötige hier auch die Eigenverantwortung der Eltern. Aus dem eigenen Umfeld habe Jörg Ziemssen die Erfahrung gemacht, dass insbesondere ein Elternteil jeweils gut deutsch spreche und der andere weniger gut. Wichtig ist, dass im Elternhaus der gut deutschsprechende Elternteil dieses sprachliche Wissen seinen Kindern vorlebt und mitgibt. Ansonsten erschwere man den Start der eigenen Kinder ins schulische Leben. Auch das freie Spielen mit deutschsprechenden gleichaltrigen Kindern um das eigene Haus oder auf den Spielplätzen herum, erachtet die Fraktion als wertvoll.

Die Mitte/JungeMitte Fraktion bedankt sich laut Beda Lengwiler beim Motionär für den Vorstoss und dem Stadtrat für die Begründung zur Ablehnung. Die Fraktion erachte die frühe Sprachförderung für ein sehr wichtiges Thema. Speziell legen sie grossen Wert darauf, dass die gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen von der Stadt Kriens gewährleistet werden. Der Stadtrat begründe die Ablehnung der Motion sehr gut. Aktuell werden die gesetzlichen Vorlagen und die gemäss Kanton geforderten Bedingungen für die Ausrichtung eines Kantonsbeitrags bereits erfüllt. Ausserdem soll im Frühling eine neue Vollerhebung durchgeführt werden. Der Stadtrat will mit den neu erhobenen Daten anschliessend das Angebot überarbeiten und gegebenenfalls anpassen. Die Fraktion unterstütze das geschilderte Vorgehen vom Stadtrat. Aktuell gebe es im Kanton Luzern 522 Kinder, welche Frühförderung benötigen. Rechnet man diese Zahl runter auf die Stadt Kriens und berücksichtige, dass es in Kriens überdurchschnittlich viele Familien mit Migrationshintergrund gibt, werde die Stadt Kriens das Angebot ausbauen müssen. Die Fraktion sei auf die Resultate der Vollerhebung gespannt. Denn wichtig ist, dass die Stadt Kriens ihr Angebot nach der stets aktuellen Nachfrage orientiert.

Michael Portmann merkt an, dass wer wegen tiefem Einkommen auf eine Kita angewiesen sei und eine Sprachförderung benötigt, könne seine Bedürfnisse nicht mit der Kita Papagei abdecken. Die Spielgruppe Papagei betreut die Kinder für zwei Halbtage. Diese decke niemals die Bedürfnisse der Eltern, welche ihre Kinder für drei oder vier Tage fremdbetreuen lassen. Familien mit Migrationshintergrund haben sehr häufig nicht besonders hohe Einkommen. In diesem Bereich habe die Stadt Kriens im Moment nichts zu bieten. Genau dieser Bereich werde mit den Betreuungsgutscheinen abgedeckt. Wenn man die Sprachförderung und die Kitas verbinden möchte, dann müsse die Stadt Kriens über die Betreuungsgutscheine nachdenken. Man habe in den letzten Jahren die Tarife erhöht. Dies sei auch eine Sparübung bzw. Leistungsabbau, welche man in den vergangenen Jahren gemacht habe. In diesem Sinne bittet er den Einwohnerrat, diesen Gedanken auch aufzunehmen und zu berücksichtigen. Es gebe ein Dreieck von Angeboten: die Spielgruppe Papagei, die Wortschatzübungen der Schulhäuser Feldmühle und Amlehn und Kitas, welche eine Sprachförderung für Eltern mit Jobsharing abdecken würden. Dies sei bereits jetzt in der Sprachstandserhebung integriert, dass man dies untersuchen will,

da man vermutet, dass ein Bedarf vorhanden ist, welcher bis jetzt noch nicht abgedeckt ist. Deshalb fände er es sehr wichtig, dass man mit dieser Motion ein Zeichen setzen könnte.

Marco Frauenknecht dankt für die Rückmeldungen. Wenn er retour geht und sieht, was ihn Kriens alles gemacht wurde, dann werde dies, was gesetzlich vorgeschrieben ist, umgesetzt. Dadurch dass das gesetzliche eingehalten wird, habe man auch das nötige vom Kanton bekommen. Dies sehe man auch in der Rechnung. Er stellt fest, dass viel bezüglich der Sprachstandserhebung gesprochen wurde. Man habe über 300 Familien angesprochen. Im Vorfeld habe man sich zum Teil auch kritisch zum Fragebogen geäußert. Dieser Fragebogen wurde in 14 Sprachen versendet. Man habe über 250 Rückmeldungen erhalten, was man als ein sehr positiver Rücklauf betrachtet. Bei den Familien, bei welchen man keine Rückmeldung erhalten hat, habe man nachgehakt, denn man wollte wissen, weshalb die Rückmeldung nicht gemacht wurde. Schlussendlich wollte man ein prozentuales Ergebnis haben, welches man auch umsetzen und weiterverfolgen kann. Es wurde auch vermehrt gefragt, ob die 30 Plätze in der Spielgruppe Papagei reichen. Sollte dies nicht funktionieren, wäre dies einen weiteren Punkt, welchen man ins Auge fassen müsste. Er merkt an, dass man in Kriens von der Bildungslandschaft spreche. In der Bildungslandschaft werde ein Teil in der Volksschule und einen anderen Teil in der Musikschule geleistet. Überall dort wo die Jüngsten teilnehmen, könne man von der frühen Sprachförderung sprechen. Indem, dass man die Kinder in Vereine, den Unterricht, Kitas und Spielgruppen schickt, können diese von der frühen Sprachförderung profitieren. Sollte an dem Resultat der Rückmeldungen das Thema angegangen werden, dann müsse man mit den verschiedenen Partnern ins Gespräch kommen, damit auch diese von den Geldern profitieren können. Die Stadt Kriens setze den gesetzlichen Bereich bereits ab und man mit der Sprachstandserhebung in diese Richtung geht, in welche der Motionär hinwill. Der Stadtrat lehnt die Motion ab, da es heute bereits in Kriens umgesetzt werde und man in eine Zukunft gehen will, wo dies noch mehr umgesetzt werden kann.

Abstimmung über die Überweisung der Motion Portmann: Mit ausreichend Deutschkenntnissen in den Kindergarten (Nr. 089/22)

Die Motion wird mit 15:11 Stimmen nicht überwiesen.

Akermann Michèle	Nein
Albrecht Michèle	Nein
Bienz Viktor	Nein
Durrer Ivo	Nein
Erni Matthias	Nein
Felber Reto	Ja
Fluder Hans	Nein
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Hunziker Manuel	Ja
Kobi Tomas	Ja
Koch Patrick	Nein
Lengwiler Beda	Nein
Lisibach Armin	Nein
Marco Meier	Nein
Meyer Pascal	Ja
Portmann Michael	Ja
Rüegg Beat	Nein
Segger Cedric	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Nein
Tschümperlin Erich	Ja
Vonesch Andreas	Nein
Zellweger Martin	Nein
Ziemssen Jörg	Nein

Zosso CyrillJa

11. Postulat Seger: Mehrwegstadt Kriens**Nr. 090/22**

Gemäss Anita Burkhardt-Künzler ist der Stadtrat für die Überweisung dieses Postulats. Sie fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Cedric Seger merkt an, dass Schweizerinnen und Schweizer pro Jahr über 700 Kilogramm Abfall pro Kopf produzieren. Im europäischen Vergleich sei dies der 3. Platz und im weltweiten Vergleich der 5. Platz. Ein Drittel davon seien Einwegverpackungen. Diese Verpackungen werden in fünf Sekunden produziert, fünf Minuten benutzt und werden schlussendlich 500 Jahre auf der Welt bestehen bleiben. Er sei der Meinung, dass die Schweiz mit dieser hohen Anzahl eine Verantwortung trage und dies auf jeder politischen Ebene. Er gehe davon aus, dass sich alle einig seien, dass Einwegverpackungen in Kombination mit der Einweggesellschaft eine Situation darstelle, die verhindert werden müsse. Aus diesem Grund sei es wichtig, dass auch die Stadt Kriens sich dagegen stark mache und auch die Bevölkerung sensibilisiere. In dem man Kriens zur Mehrwegstadt macht, bekenne sich die Stadt Kriens zudem. Die ersten Grundlagen seien bereits geschaffen. Der Krienserbecher wurde in Zusammenarbeit mit Experten erstellt. Nun gehe es darum, dass der Weg weitergeführt werde. Er ist der Meinung, dass es angesichts dieser Problematik nicht reiche, wenn man nur auf die Becher verweist. Er sagt, dass dieses Mehrwegsystem mindestens auf den öffentlichen Plätzen angewendet werden müsse. Schlussendlich käme es wieder auf die Stadt Kriens zurück, da Kriens für die Entsorgung zuständig sei. Man könne sich sogar überlegen, ob man ein Pfandsystem im Take-away-Bereich einlegen möchte. Dies sei jedoch ein nächster Schritt. Eine repräsentative Umfrage aus dem 2019 sage, dass 95 % der Befragten Produkte in Mehrwertverpackungen kaufen. Wenn dies kein Auftrag an die Politik sei, wisse er auch nicht mehr weiter.

Tomas Kobi merkt an, dass im Jahr 2019 weltweit rund 368 Millionen Tonnen Kunststoff produziert wurden. Davon werde mehr als ein Drittel für Verpackungsmaterial verwendet. Diese Verpackungen werden oft nur einmal gebraucht und dann weggeworfen – mit verheerenden Folgen für Natur, Tiere und Menschen. Bei Rohstoffgewinnung, Verarbeitung und Entsorgung fallen grosse Mengen von Treibhausgasen an. Mikro-Plastik in der Umwelt gefährde auch Meerestiere. Zudem bergen die in der Kunststoffverarbeitung eingesetzten Chemikalien Risiken für krebsfördernde oder hormonelle Auswirkungen auf die Menschen. Die Grüne/glp-Fraktion bedankt sich beim Verfasser für diesen Vorstoss und dem Stadtrat für die Entgegennahme. Die Einführung eines Pfandsystems für Mehrweggeschirr auf öffentlichem Grund sei eine interessante Idee. Mehrere Studien zeigen, dass aus ökologischer Sicht Mehrweggeschirr dem Einsatz von Einweggeschirr deutlich überlegen ist und – je nach Wiederverwertungszyklen des Mehrweggeschirrs – fünf bis 40 Mal weniger Umweltbelastungspunkte aufweist. Darüber hinaus führe der Einsatz von Mehrweggeschirr zu einem geringeren Abfallvolumen und, gesteuert durch ein Pfandsystem, zu weniger Littering. Mehrwegnutzung statt Einwegplastik wirke sich auf die CO2 Emissionen aus, schütze vor dem unreflektierten Verbrauch von Ressourcen und spart nicht-recyclbares Verbundmaterial. Die Förderung von Mehrweg sei daher ein wesentlicher Beitrag zum Umweltschutz auf kommunaler Ebene. Die Grüne/glp-Fraktion unterstütze dieses Anliegen vollkommen. Vor nicht allzu langer Zeit wurde ein Postulat der KBVU überwiesen, welches sich dem Problem Plastikabfall annimmt. Recycling von Plastik sei enorm wichtig, da fast 4 % der CO2 Emissionen vom Verbrennen von Plastikabfall stammt (200 kg pro Person pro Jahr). Dabei könnte mit jedem Kilogramm recycelter Abfall 2.8 kg CO2 eingespart werden. Dieses Postulat ziele in die richtige Richtung, zu weniger Plastikabfall und zu mehr Nachhaltigkeit. Weshalb die Fraktion den Einwohnerrat zur Überweisung des Vorstosses bittet.

Martin Zellweger merkt an, dass die SVP-Fraktion diesem Antrag eigentlich nicht opponiert hätte, da die Idee des Postulats im Grundsatz sinnvoll sei. Dass der Stadtrat prüfe ob bei Veranstaltungen auf öffentlichem Grund ein obligatorisches Pfandsystem mit Mehrweggeschirr umgesetzt werden könne, sei okay. Soll er prüfen – Der Einwohnerrat werde das Ergebnis dann kennenlernen. Der Stadtrat könne auch abschätzen mit welcher Priorität er das Geschäft behandeln kann, er sei ja für Überweisung. Angesichts der immer wieder betonten Belastung der Verwaltung könne sich die Fraktion nicht vorstellen, dass es die höchste Priorität habe. Wie immer gebe die Fraktion dem Stadtrat hier mit auf den Weg: «Bitte nicht das Rad neu erfinden, Vergleiche ziehen mit anderen Städten und sicher keine teuren oder exotischen Vorreiter-Rollen.» Was dann wie umgesetzt werde, sei dann eine Folgefrage. Insofern unterstütze die Fraktion den Antrag des Stadtrats zur Überweisung.

Gemäss Matthias Erni dankt Die FDP.Die Liberalen dem Postulanten für seine Idee und begrüsst das angestrebte Ziel. Die vom Postulanten geforderte staatliche Regulierung könne die Fraktion nicht befürworten. Beim Schaffen von neuen Gesetzen und Regulierungen müsse man sich immer fragen: «Braucht es das wirklich?». In diesem Fall sei dies nicht gegeben. Als Liberale Partei seien sie der Überzeugung, dass der Veranstalter eine gewisse Verantwortung trage. Die Krienser Kultur sei geprägt von Vereinen und der Zunft, welche bereit seien Verantwortung für die Gesellschaft zu übernehmen. Solche einschneidenden Eingriffe jedoch seien bevormundend und bringen kaum Mehrwerte für Kriens. Auch bei Grossveranstaltungen, müsse man den Vereinen und der Zunft die Freiheit lassen, eigenverantwortlich zu entscheiden und zu handeln. Schlussendlich schaffe der angestrebte Weg kaum einen Mehrwert, sondern vielmehr bürokratische Hürden für die Veranstalter und einen erhöhten Verwaltungsaufwand für die Stadt Kriens. Aus diesen Gründen sei die FDP-Fraktion gegen die Überweisung des Postulats.

Laut Viktor Bienz sei zur Vermeidung von Abfallbergen ein Pfand- und Mehrweggeschirr System absolut prüfenswert. Es bedinge aber vor Ort eine Waschmöglichkeit, um lange Transpotwege des schmutzigen Geschirrs zu vermeiden. Im Weiteren habe die Fraktion sich gefragt, ab welcher Grösse des Anlasses diese zu verlangen sei. Kriens wolle seine Plätze möglichst vermieten können und zu komplizierte Auflagen für kleinere Anlässe hemmen bekanntlich dieses Vorhaben. Vielleicht wäre ein Anreizsystem, wo der Veranstalter ein Rabatt erwirken kann, wenn man das Pfandsystem mit Mehrweggeschirr umsetzt. Für die Fraktion sei auch das Recycling-Geschirr nachwievor eine Alternative. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion werde dem Postulat zustimmen und seien gespannt auf den Bericht vom Stadtrat und deren eventueller Umsetzung.

Cedric Seger merkt an, dass die Stadt Luzern bereits heute eine solche Regelung kennt. Im Artikel 19 und 20 der Verordnung über die Nutzung des öffentlichen Grundes sei eine genau solche Regelung festgehalten. Er hat nicht das Gefühl, dass Vereine oder andere Gruppen sich aufgrund des bürokratischen Aufwands abgeschreckt fühlen solche Veranstaltungen auf die Beine zu stellen.

Erich Tschümperlin stellt fest, dass die Eigenverantwortung offensichtlich seine Grenzen hat. Wer einmal an der Fasnacht oder an einem Klausumzug auf der Krienserstrassen gestanden sei, sehe, dass diese Eigenverantwortung nicht funktioniere. Auch die Zünfte und Vereine organisieren Plastikgeschirr, welche später einfach weggeworfen werden. Schlussendlich räume es die Stadt Kriens auf und hat somit die Kosten bzw. den Arbeitsaufwand. Das Problem des Plastiks wäre nicht gelöst, wenn man Entsorgungsstationen aufstellen würde, jedoch das Problem der Kosten. Er sei vor über zehn Jahren im Ausland an einem Weihnachtsmarkt. Gemäss Erich Tschümperlin gab es dort eine Waschstrasse und Depot wurde bezahlt. Damit möchte er sagen, dass es seit Jahren Lösungen gebe. Er ist der Meinung, dass man nun schauen soll, was gemacht werden kann. Er sei sich sicher, dass der Stadtrat nicht linksextrem über das Ziel hinausschiesse.

Maurus Frey stellt fest, dass Kriens mit der Stadt Luzern verglichen wurde. Er bittet den Rat die Pionierrolle der Stadt Kriens nicht zu vergessen. Die Stadt Kriens habe seit 2014 der sogenannte Krienserbecher und somit ein freiwilliges System. Dies mache man zusammen mit einem konventionellen Anbieter, mit welchem man immer mehr durchsetzen könne. Der Stadtrat müsse festhalten, dass Kriens im grossen und Ganzen sehr verantwortlich und umweltbewusst handelt. Er merkt an, dass auch an der letzten Chilbi mit einem Mehrwegsystem gearbeitet wurde. Dies seien gute Erfahrungen gewesen, jedoch nicht die Ersten in diesem Bereich. Dieses Angebot werde benützt, jedoch gebe es einzelne Anlässe, welche aus der Reihe tanzen. Teilweise stelle sich die Frage, ob man mit der Freiwilligkeit auf dem richtigen Weg ist. Der Stadtrat möchte dies prüfen und schauen, ob man auf dem richtigen Weg sei. Er glaube, dass es klar sei, das Augenmass zu behalten und keine komplizierten Abläufe einzuführen. Dem Stadtrat sei Bewusst, dass es komplett neue Möglichkeiten bestehen, welche dank dem Plastikrecycling oder anderen Recyclinglösungen zur Verfügung stehen. Maurus Frey weist auf das Postulat der KBVU: Plastikabfall vermeiden (Nr. 071/21) hin. Er dankt dem Einwohnerrat, wenn dieser dem Antrag des Stadtrates folge.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Seger: Mehrwegstadt Kriens (Nr. 090/22)

Das Postulat wird mit 20:6 Stimmen überwiesen.

Akermann Michèle	Ja
Albrecht Michèle	Ja
Bienz Viktor	Ja
Durrer Ivo	Nein
Erni Matthias	Nein
Felber Reto	Ja
Fluder Hans	Nein
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Hunziker Manuel	Ja
Kobi Tomas	Ja
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Ja
Lisibach Armin	Nein
Marco Meier	Ja
Meyer Pascal	Ja
Portmann Michael	Ja
Rüegg Beat	Ja
Seger Cedric	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Nein
Tschümperlin Erich	Ja
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Nein
Zosso Cyrill	Ja

12. Postulat Albrecht: Modell der Anstellung von pflegenden Angehörigen durch die Spitex Kriens Nr. 096/22

Gemäss Anita Burkhardt-Künzler ist der Stadtrat für die Überweisung dieses Postulats. Sie fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

13. Petition: Lasst uns Krienser-Eltern arbeiten!**Nr. 102/22**

Gemäss Anita Burkhardt-Künzler ist der Stadtrat gegen die Überweisung dieser Petition. Sie fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Erich Tschümperlin möchte zuerst auf die Begründung des Stadtrats eingehen. Dieser schreibe, dass im Budget 2022 diese Massnahmen einsehbar waren. Die entsprechende Kürzung der Beiträge der Stadt wurden zwar erwähnt. Wie stark sich dies auf die Tarife der Eltern auswirken würde, war jedoch nicht ersichtlich. Der Stadtrat habe bereits früher erwähnt, dass er dies erst anlässlich einer späteren Stadtratssitzung im Detail beschlossen habe. Im Rahmen des Globalbudgets habe er freie Hand, dies festzulegen. Es sei also nicht so, dass der Einwohnerrat dies so beschlossen habe. Die Fraktion habe eine sehr ähnliche, dringliche Motion anlässlich der letzten Einwohnerratssitzung eingereicht. Diese habe gefordert, dass die Tarifierhöhung mindestens teilweise rückgängig gemacht werden soll, mit einem Sonderkredit von Fr. 400'000.00. Der Einwohnerrat wollte dies aber nicht diskutieren, nur die SP-Fraktion habe damals die Dringlichkeit unterstützt. Der Einwohnerrat könnte den Entscheid rückgängig machen, wenn er wollte. Ihre Motion habe genau dies gefordert und hätte einen Sonderkredit von Fr. 400'000.00 für die Senkung der neuen Tarife gesprochen. Wenn er an diese Sitzung zurückdenke, dann sei das Schicksal dieser Petition bereits besiegelt. Die folgende Abstimmung zeige auf, welche Parteien eine familienfreundliche Politik betreiben.

Michèle Akermann dankt im Namen der SVP-Fraktion dem Stadtrat für die Begründung der Ablehnung der Petition. Die Fraktion unterstütze die ablehnende Haltung des Stadtrates und könne dazu grundsätzlich auf die an der letzten Einwohnerratssitzung gemachten Ausführungen verweisen. So handle es sich bei dieser Petition eigentlich um das gleiche Anliegen, wie in der dringlichen Motion Niederberger, nur das in der Petition keine konkreten Zahlen genannt werden bzw. kein Nachtragskredit verlangt werde. Indirekt könnte das Anliegen der Petitionärin jedoch nur mit Kompensationen im Globalbudget erreicht werden, welche aber schlicht nicht möglich seien. Wie der Stadtrat erwähne, seien die politischen Prozesse korrekt verlaufen und das Budget 2022 wurde vom Einwohnerrat ordentlich genehmigt. Der Budgetprozess habe die Massnahmen bereits aufgezeigt und dies teils explizit. Die Diskussion zu diesen Massnahmen soll frühestens wieder im Rahmen der nächsten Budgetrunde stattfinden, ein Eingriff in das laufende Budget sei nicht umsetzbar. Auch wenn die SVP-Fraktion die Ablehnung der Petition unterstütze, möchten sie erwähnen, dass sie durchaus Verständnis haben. So war die Situation für die Eltern im Rahmen der Kommunikation sehr kurzfristig und habe bei gewissen Eltern sicherlich zu Problemen bei der Organisation der Kinderbetreuung geführt. Dennoch bedeute dies nicht, dass politische Prozesse nicht mehr zu beachten wären, auch wenn das Thema die Gemüter sehr beuge. Die Fraktion empfiehlt die Petition deshalb abzulehnen. Denn selbst bei einer Annahme könne nicht davon ausgegangen werden, dass in diesem Jahr noch Ferienhorte durch die Stadt angeboten werden könnten und die Betreuungskosten gesenkt werden. Wie alle wissen, gebe es klare Vorgaben und einen definierten Weg, wie solche Massnahmen umgesetzt werden können und dies sei hier schlicht nicht möglich.

Gemäss Marco Meier könne die FDP-Fraktion den Ärger und die Unzufriedenheit der Initianten der Petition nachvollziehen. Sie seien enttäuscht über die Budget-Priorisierung des Stadtrates bei den Gemeindeaufgaben und dass die Finanzstrategie nicht eingehalten werde. Weiter seien sie unzufrieden mit dem hohen Schuldenberg und allgemein mit der Umsetzung der Sparmassnahmen. Die Fraktion habe das Thema rekapituliert und möchten die Zusammenhänge aufzeigen, um objektiv und ehrlich zur Petition Stellung nehmen zu können. Denn es hänge sehr vieles zusammen. Die Stadt Kriens habe mittlerweile 200 Millionen Franken Schulden. Anders gesagt, habe jeder Krienser Einwohner eine Schuld von Fr. 4'497.00. Damit verfehle man weit die gesetzlichen Vorgaben bzw. kantonalen Richtlinien. Diese 200 Millionen Franken Schulden seien in verschiedenen Tranchen aufgenommen worden.

Der Zinsaufwand betrage rund 1.84 Millionen Franken. Dies entspreche einem durchschnittlichen Zinssatz von zirka 0.9 %. Die verschiedenen Tranchen müsse die Stadt Kriens von Zeit zu Zeit wieder erneuern. Aktuell profitiere die Stadt Kriens bei kurzfristigen Finanzanlagen von Negativzinsen, erhalte Geld für die Schulden. Bei langfristigen Anlagen bezahle man einen entsprechenden Zins. Dieser werde in Zukunft höher ausfallen, da die grösste Volkswirtschaft bereits den Zinsnormalisierungspfad eingeleitet hat. Es ist eine Frage der Zeit, bis die EU und danach die Schweiz (SNB) nachziehen werden (voraussichtlich 2023, frühestens Ende 2022). Die Zinsen werden also früher oder später steigen. Schaffe es die Stadt Kriens nicht, den Schuldenberg zu reduzieren, zahlt man Jahr für Jahr mehr Zinsen. Das wären düstere Aussichten und würde dazu führen, dass man auf noch mehr Leistungen verzichten müsste und vermutlich auch trotzdem noch mehr Steuern zu berappen hätte. Diverse Gründe haben zur aktuellen Finanz-Situation geführt. Diese können nun leider nicht mehr rückgängig gemacht werden. Jüngst am meisten enttäuscht habe ihn, dass man Lösungsvorschläge für die Verbesserung der Finanzen mit Unwahrheiten verhindert hat, so zum Beispiel bei der Abstimmung um das Weinhalde-Areal. Er habe manchmal das Gefühl, dass viele sehr ideologisch getrieben seien und dabei vergessen, dass die Arbeit des Einwohnerrates dem Krienser Volk dienen muss. Dies gelinge seines Erachtens nur mit Sachpolitik und Ehrlichkeit. Dies wäre dann auch sein grösster Wunsch an alle im Raum. Krienserinnen und Krienser haben entschieden, dass die Probleme der Stadt nicht durch weitere Umverteilungen gelöst werden sollen. Ein klares «Nein» zur Steuererhöhung und zu einer weiteren verschwenderischen Ausgabepolitik. Die Krienserinnen und Krienser wollen nicht bzw. befürchten, dass die Einnahme aus höheren Steuern zugleich wieder ausgegeben werden, so die Interpretation der FDP-Fraktion zur Abstimmung. Die Priorisierung sei aus ihrer Sicht klar falsch gesetzt worden. Kein Unternehmen würde +300 Stellenprozentente schaffen bei finanzieller Schieflage. Die FDP-Fraktion habe dem Budget 2022 nicht zugestimmt. Wie bereits erwähnt, waren sie mit den Priorisierungen bis dahin nicht zufrieden und erwähnten mehrmals, dass die Finanzstrategie nicht eingehalten werde. Das Budget bekam dennoch im vollen Bewusstsein der massiven Kürzungen eine Mehrheit. Es wurden auch keine weiteren Anträge gestellt für eine verbindliche Priorisierung oder dergleichen. Die Probleme müssen bei der Stadt Kriens gelöst werden. Die Fraktion sehe dieses «Nein» als Bestätigung, dass man die Probleme innerhalb der Stadt und nicht mit neuen Einnahmequellen lösen müsse. Es sei auch ein klares «Nein» gegen eine weitere Umverteilung. Dies sei die Ausgangslage. Es sei ihm, aber auch der FDP-Kriens ein besonderes Anliegen, hier dem Verein alleinerziehende Mütter und Väter ein Dankeschön für ihre tolle Aktion in den Fasnachtsferien auszusprechen. Es war auch schön zu hören, dass die Zusammenarbeit mit der Stadt gut gelaufen sei. Er finde es schade, dass etwas so gut Funktionierendes, nicht weiterverfolgt werde. Das Modell hätte seines Erachtens Potenzial in Zusammenarbeit mit der Stadt. Es sei unbestritten, dass Familien unterstützt werden sollen. Weniger unbestritten sei, dass dies immer gleich mit Finanzspritzen verbunden passieren muss. Der Verein habe gezeigt, dass auch günstigere und aus Sicht der Fraktion viel sozialere Modelle funktionieren könnten. Denn das Angebot, finanziert durch die Stadt, sei eine Errungenschaft des Wohlstandes. Dies habe man dank den Unternehmen, den KMU's und den damit verbunden Steuerzahlenden. Er merkt an, dass dies alles andere als selbstverständlich sei. In der Petition entnehme er, dass die Initianten arbeitstätig seien. Sie wissen also, dass wenn ihre Arbeitgeberin sparen muss, sie diverse Sparmassnahmen umsetzen wird, ja muss. Diese können zu diversen Leistungskürzungen bis hin zur Entlassung reichen. Zum Glück sei die Stadt Kriens, nicht zuletzt dank den Sparmassnahmen, von solchen weiterführenden Schritten entfernt. Die FDP-Fraktion könne den Unmut der Familien verstehen, kann aber die Petition aufgrund der aufgezeigten Ausgangslage nicht unterstützen. Sie hoffen sehr, dass der Stadtrat dem Einwohnerrat ein Budget 2023 unterbreite, welches eine andere Priorisierung enthält und die Finanzstrategie endlich einhält. Die Fraktion werde sich dafür einsetzen. Lösungen liegen bereit. Sie seien überzeugt, gelingen werde dies mit Sachpolitik, Ehrlichkeit und mit klaren Rahmenbedingungen für den Finanzhaushalt. Das Reglement dazu möchte die Fraktion so rasch wie möglich umsetzen.

Gemäss Michèle Albrecht verstehe Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion das Anliegen der Petition und unterstütze selbstverständlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf vehement. Trotzdem folge die Fraktion dem Antrag des Stadtrates und lehnt die Forderung mit folgender Begründung aus drei Per-

spektiven ab. Die Fraktion habe zähneknirschend dem Budget 2022 zugestimmt, obwohl Die Mitte explizit auf die Missstände hinsichtlich Erhöhung der Horttarife und Schliessung der Ferienhorte hingewiesen habe. Diesen Entscheid gelte es nun mitzutragen. Es ist zwar unschön, aber die Stadt Kriens sei mit der eingesprungenen Organisation (Verein alleinerziehende Mütter und Väter) und den Petitionsführerinnen in den Dialog getreten und habe im Rahmen der Möglichkeiten Hand geboten. Der Stadtrat und Einwohnerrat seien nun gefordert, das Budget 2023 mit der nötigen Sensibilität zu gestalten. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion werde ein Augenmerk darauf halten. Langfristig müsse der Einwohnerrat die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch in Kriens leben, weitsichtig die Standortattraktivität erhöhen und damit auch Stadtfinanzen sanieren. Die eidgenössische Kita-Initiative der SP sei ein guter Schritt dahin. Für eine gute und bezahlbare familienergänzende Kinderbetreuung für alle.

Laut Kathrin Gut dankt die SP-Fraktion für die Petition. Der Stadtrat habe zu der Petition Stellung genommen und alle Forderungen abgelehnt. Sie bestätigt, dass auch die SP-Fraktion dem Budget zugestimmt habe, trotz Sparübungen, da sie den Stillstand und einen weiteren budgetlosen Zustand vermeiden wollten. Bei einem budgetlosen Zustand wären alle nicht gebundene Ausgaben betroffen gewesen. Bei der angekündigten Gebührenerhöhung hoffte die Fraktion auf den gesunden Menschenverstand bei den Spar- resp. Abbauplänen und auf einen gewissen Weitblick. Dass die Erhöhung im Budget 2022 und im AFP transparent einsehbar war, können sie nicht unterstützen. Die konkrete Bemerkung zur Gebührenerhöhung im Einwohnerrat blieb gemäss Wortprotokoll von der Einwohnerrats-sitzung am 4. November 2022 unerwidert. Ein öffentliches und offizielles Statement des Stadtrates zu der Gebührenerhöhung in der Budgetdebatte fehle. Jetzt auf die entsprechenden Informationen in den Kommissionen hinzuweisen, sei falsch. Schliesslich unterliegen diese Informationen dem Kommissionsgeheimnis und dürfen nicht nach aussen getragen werden. Es sei Sache des zuständigen Stadtrates, die Krienserinnen und Krienser über solche Beschlüsse zu informieren. Die Tarifierhöhungen seien kaum zu rechtfertigen. Wo könne in der Wirtschaft der Preis für etwas so steigen, ohne einen Mehrwert zu bieten. Da laufen die Kundinnen und Kunden davon. Die SP-Fraktion wisse, wie wichtig die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei und habe in Vorstössen dazu auch den finanziellen Nutzen für die Stadt Kriens vorgetragen. Dazu gebe es einen Arbeitsbericht der HSLU Wirtschaft über die Kinderbetreuungsangebote und den finanziellen Nutzen der Gemeinde Horw aus dem Jahr 2009, welcher sich ansatzweise auf Kriens übertragen lasse. Es lohne sich für alle. Höhere Steuereinnahmen durch höhere Einkommen, weniger Sozialhilfefälle, etc. Beim Ferienhort zeige sich ein zweites Problem. Der Ferienhort wurde gestrichen und dies sehr kurzfristig den Betroffenen kommuniziert. Es soll sich jede und jeder vorstellen, was dies für einen Stress bei den Eltern oder Alleinerziehenden auslöse. Die Arbeit rufe, jedoch die Kinderbetreuung sei nicht gesichert. Das Kind allein zu lassen sei auch keine Option. Der Ferienhort sei im Leistungsauftrag der Volksschule, z. B. Budget 2022 auf Seite 134 fix verankert. Im Merkblatt für die Schülerhorte in Kriens, aktuell aufgeschaltet auf der Homepage, gebe es den Abschnitt «Betreuung während den Schulferien», in welchem stehe, dass eine Betreuung angeboten werde. Dies sollte auch im Leistungsauftrag bleiben und nicht privatisiert werden. In diesem Fall sei der Vorwurf gegen Treu und Glauben zu verstossen zwar hart, habe aber seine Berechtigung. Gemäss Definition haben die Verwaltungsbehörden und die Privaten in ihren Rechtsbeziehungen gegenseitig aufeinander Rücksicht zu nehmen. Dies wurde hier sicher nicht gemacht, bei den sich widersprechenden Abschnitten im AFP und der kurzfristigen Absage des Ferienhortes. Wenn man in die Zukunft schaue, sei dies die falsche Politik, um gutverdienende Familien nach Kriens zu bringen und familienfreundlich zu sein. Sparen bei den Betreuungsgutscheinen, bei den Tagesstrukturen, den Ferienhort streichen, den Schwimmunterricht auf das Minimum reduzieren. Da stehe Kriens im Wettbewerb mit den Nachbargemeinden schlecht da. Eltern müssen heute arbeiten können und ihre Kinder in guten Händen wissen. Qualitativ gute und bezahlbare Betreuung sei für einen attraktiven Wohn- und Arbeitsort wie die Stadt Kriens ein Muss. Schön wäre, wenn der Stadtrat teils Lösungen im laufenden Jahr bringen könnte und sicher muss eine Korrektur bei der Budgetierung im 2023 angestrebt werden. Mit Spannung erwarte die Fraktion nun die Abstimmung zur Petition. Eine Petition mit solch konkreten Forderungen, wie sie der Stadtrat in seiner Antwort zur Petition auch anerkennt, muss gemäss Art. 70 in der Geschäftsordnung des Einwohnerrates wie ein Postulat behandelt werden. Die Fraktion bittet alle Parteien im Einwohnerrat, den Forderungen zuzustimmen, damit der Stadtrat in eigener Kompetenz

die Situation klären kann. Noch sei Zeit, die Gebührenerhöhung wenigstens so anzupassen, dass sie die rechtlichen Vorgaben des Kantons Luzern nicht mehr verletzen.

Erich Tschümperlin merkt an, dass Marco Meier einen direkten Zusammenhang zwischen der Abstimmung Weinhalde und den Tariferhöhungen stellte. Er erwecke den Eindruck, dass mit der Annahme der Umzonung Weinhalde, die Tariferhöhungen nicht nötig gewesen wären. Die Beurteilung dieser Aussage überlässt der Redner dem Einwohnerrat. Marco Meier werfe zudem den Gegnern – und damit der Grünen/glp-Fraktion – Falschinformationen vor, ohne dies zu belegen. Erich Tschümperlin möchte nicht auf diese Anschuldigungen eingehen, empfehle ihm jedoch, ihre Antwort auf die Interpellation Ercolani (279/2020) zu lesen. Diese habe dieselben Behauptungen in die Welt gesetzt. Die Grünen/glp-Fraktion benötige auch keine Zurechtweisungen, wie er dies fordert. Er brauche nur Fakten zu liefern, darauf gehen sie gerne ein. Diejenigen, die die Petition unterzeichnet haben, brauchen Unterstützung für ihr Anliegen. Hier die Abstimmungsniederlage nochmals zu verarbeiten, helfe ihnen nicht weiter. Heute sollten die Anliegen der Petition im Zentrum stehen.

Michael Portmann gibt Marco Meier recht. Es gebe viele Standortfaktoren, welche die Steuereinnahmen beeinflussen. Die Tagesstrukturen seien auch ein solcher Standortfaktor, da sie sehr positive Auswirkungen auf die Finanzen der Gemeinde haben. Die reiche Nachbargemeinde Horw, habe im Jahr 2009 eine Studie durchgeführt und nachgewiesen, dass die Tagesstrukturen eine positive Auswirkung auf die Steuereinnahmen hat und der Aufwand in der Sozialhilfe deutlich verkleinert werde. Seither investiere Horw und beeinflusse seit mehr als zehn Jahren ihre Finanzen positiv. Auch die Stadt Luzern sei so unterwegs. Pro investierten Franken entstehe ein Return of Invest von Fr. 2.00 bis Fr. 4.00. Dies sei ein wichtiger Aspekt in der ganzen Betrachtung. Zudem müssen rechtliche Grundlagen beachtet werden. Kriens stehe unter Beobachtung der Schulaufsicht, da die Deckelung der Elternbeiträge vermutlich verletzt wurden. Die Schulaufsicht werde erst nach Vorliegen der Rechnung 2022 eingreifen. Die Zahlen setzen stark darauf, dass eine Verletzung vorliegt. Mit der Zustimmung im Einwohnerrat auf diese Petition, hätte der Stadtrat heute noch die Möglichkeit, die Tarife so zu senken, dass wenigstens die Deckelung eingehalten werden würde. Durch diese Überweisung könnte der Stadtrat diese rechtlich unkorrekte Situation noch korrigieren. Er bittet deshalb um Überweisung.

Marco Frauenknecht dankt für die Rückmeldungen. Dem Stadtrat sei bewusst, dass es ein emotionales Thema ist. Dies sehe man auch anhand der Kommunikation, seit der Einwohnerrat das Budget genehmigt habe. Er merkt an, dass der Stadtrat Sparmassnahmen angezeigt habe und dies in jedem Departement. Der Stadtrat stehe auch zur Vereinbarkeit «Familien und Beruf». Er mache es jedoch mit den Mitteln, welche zur Verfügung stehen. Der Stadtrat habe bereits mehrmals erläutert, dass im Budget, in welchem es um den Ferienhort gehe, die Schrauben nicht noch enger angeschraubt werden können. Im Globalbudget 85 habe Kriens die Möglichkeiten der Tagesstrukturen, die Möglichkeit des Ferienhortes und die Möglichkeiten die Klassengrössen anzupassen. Alle Details sowie Rückmeldungen wurden darin erwähnt und auch kommunikativ den Medien mitgeteilt. Wenn er die Vergangenheit anschau, könne er mitnehmen, dass die Zusammenarbeit mit dem Verein sowie den Petitionären gut gewesen sei. Es sei toll, wenn sich Vereine so engagieren, wie es dieser Verein getan habe. Es könnte auch gelesen werden, was es heisst, wenn sich ein Verein für ein solches Thema engagiert. Der Aufwand, die Arbeit und die Leistungen müssen eingebracht werden, um einen Ferienhort auf die Beine zu stellen. Er stellt fest, dass die Stadt Kriens kommunikativ sicher besser werden kann. Wie die Abläufe waren, müsse er nicht wiederholen. Wenn er schaue, was nun gemacht werden könne, dann sieht er, dass Kriens ein genehmigtes Budget hat und mit diesem Geld arbeiten muss. Dementsprechend lehne der Stadtrat dieses Postulat bzw. die Petition ab. Der Stadtrat werde die Diskussion nochmals bei der nächsten Budgetdebatte führen. Er bestätigt, dass es eine Studie von Horw gebe, welche im Jahr 2009 gemacht wurde. Die KBSG wurde dementsprechend bereits informiert. Auch in Kriens sei man bereits in Zusammenarbeit mit der HSLU am überprüfen, ob man in Kriens auf das gleiche Resultat komme, wie in Horw mit der Studie vor 15 Jahren. Er sei gespannt darauf. Er merkt an, dass er gerne auf Horw

und Luzern schaue und auch gerne ein solches finanzielle Polster hätte. Man habe bereits gesehen, wie es finanziell um die Stadt Kriens stehe. Im Einwohnerrat müssen alle dazu beitragen, dass es besser werde und man der Vereinbarkeit «Familie und Beruf» gerecht werden könne. Dementsprechend freue sich der Stadtrat und gehe positiv in die Zukunft.

Abstimmung über die Überweisung der Petition: Lasst uns Krienser-Eltern arbeiten! (Nr. 102/22)

Die Petition wird mit 15:11 Stimmen nicht überwiesen.

Akermann Michèle	Nein
Albrecht Michèle	Nein
Bienz Viktor	Nein
Durrer Ivo	Nein
Erni Matthias	Nein
Felber Reto	Ja
Fluder Hans	Nein
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Hunziker Manuel	Ja
Kobi Tomas	Ja
Koch Patrick	Nein
Lengwiler Beda	Nein
Lisibach Armin	Nein
Marco Meier	Nein
Meyer Pascal	Ja
Portmann Michael	Ja
Rüegg Beat	Nein
Seger Cedric	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Nein
Tschümperlin Erich	Ja
Vonesch Andreas	Nein
Zellweger Martin	Nein
Ziemssen Jörg	Nein
Zosso Cyrill	Ja

14. Verabschiedung Manuel Hunziker

Gemäss Anita Burkhardt-Künzler wurde Manuel Hunziker am 6. September 2018 in den Einwohnerrat gewählt und wird heute, nach 1'295 Tagen im Amt als Krienser Einwohnerrat, verabschiedet. Er startete als Kommissionsmitglied in der KBSG, bevor er im Jahr 2020 in die KBVU, in welcher er bis heute tätig war, wechselte. Im 2019 wurde seine Interpellation mit der Nummer 174/19, Stand Energiestadt im Einwohnerrat behandelt. Dieses Jahr hat Manuel seinen Master of Science in Umwelt und Natürliche Ressourcen abgeschlossen. Seine Kompetenz in diesem Bereich habe er gerne fundiert in seinen Voten zu energiepolitischen Themen behandelt. Nach fast 1'300 Tagen im Dienste der Krienser Bevölkerung, verlässt er nun den Rat, um sein Know-How in einem weniger politischen Umfeld einzubringen. Für sein Engagement im öffentlichen Interesse dankt sie ihm im Namen des Einwohnerrates und wünscht im gutes Gelingen beim Erreichen der persönlichen Ziele.

Manuel Hunziker merkt an, dass er ein ruhiges Leben im Einwohnerrat geführt hat. Dies heisse jedoch nicht, dass er nicht dabei war. Er habe mitgelesen, dem Einwohnerrat gut zugehört und dabei vieles gelernt auch über die politischen Abläufe. Er sei in seinem Herzen ein grosser Ökofundi und arbeite auch mit anderen Fundis. Wenn es um Ökologie gehe, gebe es nur ihre Meinung und diese sei auch

die Richtige. In diesen vier Jahren im Einwohnerrat sei ihm tatsächlich aufgefallen, dass es noch andere Meinungen gibt und diese meistens berechtigt seien. Dass es Gründe und Argumente gibt und diese berücksichtigt werden müssen. Der Einwohnerrat sei nun schuld daran, dass er gehe, denn er müsse nun sein Know-how anders weitergeben können. Er habe sich dies sehr zu Herzen genommen. Er habe die Möglichkeit bei einem Projekt mitzuarbeiten, welches vielleicht Richtungsweisend sein kann. Dies benötige viel Engagement auch in der Freizeit und deshalb habe er nun keine Zeit mehr für den Einwohnerrat. Er habe nun vier Jahr gesehen, wie viel Zeit dafür aufzuwenden sei um dabei zu sein. Er habe grossen Respekt davor, wie viel Zeit einige im Einwohnerrat für dieses Amt aufwenden. Er sei froh, dass die Ratsmitglieder die Interessen der Kriensreinnen und Krienser und nun auch sein im Rat vertreten werden. Er dankt für die Arbeit und wünscht allen alles Gute.

Schluss

Anita Burkhardt-Künzler merkt an, dass die nächste Sitzung am 19. Mai 2022 stattfindet. Sie bittet die Ratsmitglieder sich den ganzen Tag zu reservieren. Sie weist darauf hin, dass eine 5. Klasse des Schulhaus Amlehn selbstgemachtes Gebäck verkaufe und den Erlös den Menschen in der Ukraine spenden. Diese Aktion findet am 26. März 2022 von 11:30 bis 16:30 Uhr auf dem Stadtplatz Kriens statt. Sie dankt dem Rat für die konstruktive Sitzung. Sie möchte nochmals alle auf das Datum des Einwohnerratsausflugs aufmerksam machen

«Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts.» Zitat von Arthur Schopenhauer

Man trifft sich anschliessend im Restaurant Neuhof zum Ausklang.

Die Sitzung schliesst um 19:20 Uhr.

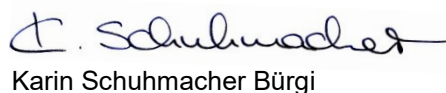
Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Die Einwohnerratspräsidentin:



Anita Burkhardt-Künzler

Die Stadtschreiberin:



Karin Schuhmacher Bürgi

Die Protokollführerin:



Kimena Gisler